

Bundestransferstelle
Soziale Stadt

**Soziale Stadt –
Investitionen im Quartier:**
Gute Beispiele aus der
Praxis vor Ort

Berlin, Oktober 2013

Inhaltsverzeichnis

Einführung	5
Themenfeld: Einbindung von Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft in die Programmumsetzung	6
Nürnberg – Gostenhof, Giebitzenhof und St. Leonhard/Schweinau	6
<i>Stadtteilpatenschaften</i>	
Rosenheim.....	13
<i>Bürgerstiftung Rosenheim</i>	
Themenfeld: Erarbeitung und Fortschreibung des integrierten städtebaulichen Entwicklungs-konzepts unter Berücksichtigung von Verstetigungsüberlegungen und Einbettung in gesamtstädtische Konzepte.	19
Ludwigsburg – Gesamtstadt.....	19
<i>Abgestuftes System integrierter Stadt(teil)entwicklungsplanung</i>	
Mülheim/Ruhr – Eppinghofen, Styrum	27
<i>Integrierte Handlungsstrategie für soziale Integration</i>	
Themenfeld: Aktivierung und Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern, insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund.....	34
Berlin – Wrangelkiez.....	34
<i>„Imece“ Gemeinschaftsarbeiten mit vereinten Kräften – Beteiligung und Aktivierung türkischsprachiger Bewohner/innen im Berliner Wrangelkiez.</i>	
Dillingen – Innenstadt, Leipziger Ring, Lokschuppen und Papiermühle	41
<i>Jugendfonds „Jugend bewegt Stadt“</i>	
Themenfeld: Verbesserung kinder-, familien-, altengerechter und weiterer sozialer Infrastrukturen	47
Gundelsheim – Ortskern Gundelsheim	47
<i>Generationen finden Raum</i>	
München – Ramersdorf / Berg am Laim	54
<i>Quartiersentwicklung Piusplatz</i>	



Einführung

Die guten Beispiele sollen dem Informations- und Wissenstransfer sowohl zwischen den am Programm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ beteiligten Kommunen als auch programmübergreifend innerhalb der Städtebauförderung dienen.

Ziel ist es, Projekte, Maßnahmen oder Handlungsansätze aus unterschiedlichen programmrelevanten Themenfeldern exemplarisch darzustellen und bewährte Lösungsansätze nachvollziehbar zu illustrieren. Die acht für diese Dokumentation ausgewählten guten Beispiele gliedern sich nach vier zentralen Themenfeldern im neuen Programmansatz des im Jahr 2012 weiterentwickelten Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“:

- Einbindung von Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft in die Programmumsetzung,
- Erarbeitung und Fortschreibung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts unter Berücksichtigung von Verstetigungsüberlegungen und Einbettung in gesamtstädtische Konzepte,
- Aktivierung und Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern, insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund sowie
- Verbesserung kinder-, familien- und altengerechter und weiterer sozialer Infrastrukturen.

Dabei werden gute Beispiele nicht im Sinne eines „Rankings“ verstanden. Vielmehr geht es darum, gelungene Ansätze in den unterschiedlichen Handlungsfeldern exemplarisch und damit stellvertretend für viele andere vorzustellen.

Nürnberg – Gostenhof, Gibitzenhof und St. Leonhard/Schweinau

Stadtteilpatenschaften

Themenfeld: Einbindung von Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft in die Programmumsetzung.

Bundesland	Bayern
Stadt	Nürnberg
Gebiete	Gostenhof, Gibitzenhof, St. Leonhard/Schweinau
Projektträger	Stadt Nürnberg – Referat für Jugend, Familie und Soziales
Ansprechpartner	Stadt Nürnberg Referat für Jugend, Familie und Soziales Dr. Uli Glaser Tel.: 0911 / 231 - 33 26 uli.glaser@stadt.nuernberg.de
Projektzeitraum	seit 2010
Beteiligte	Arbeitsbereich Bürgerschaftliches Engagement und „Coporate Citizenship“ (Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg) Regiestelle Sozialraumentwicklung (Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg) Stadtteilkoordination Gostenhof Stadtteilkoordination Gibitzenhof Stadtteilkoordination St. Leonhard/Schweinau Schwan STABILO Cosmetics Siemens AG Brochier-Stiftung
Finanzierung	Finanzierung durch die Patenunternehmen in Höhe von 20.000-25.000 Euro pro Jahr Kommunale Eigenmittel (Personalkosten Stadtteilkoordinator/innen sowie Sachkosten)
Projektwebsite	http://stadtteilforum.org/gibitzenhof-rabus/stadtteilpatenschaft.html https://w9.siemens.com/cms/regionalreferat-erlnbg/de/soziales/stadtteilpatenschaft/Seiten/patenschaft.aspx http://www.schwancosmetics.com/de/unternehmen/stadtteilpatenschaft/stadtteilpatenschaft.htm http://brochier-stiftung.de/engagement-kinder/patenschaft-gostenhof/

1. Gebietscharakter

Für drei Gebiete der Stadt Nürnberg – die Gebiete Gostenhof und Gibitzenhof, die jeweils keine Programmgebiete der Sozialen Stadt sind, sowie das Programmgebiet St. Leonhard/Schweinau – wurden seitens regionaler Unternehmen sogenannte Stadtteilpatenschaften übernommen. Diese drei Quartiere stehen jeweils vor spezifischen Herausforderungen, weisen allerdings auch Ähnlichkeiten hinsichtlich der Problemlagen auf. Die Stadt hat im Rahmen des gesamtstädtischen Sozialraummonitoring für diese und weitere Quartiere „besonderen Entwicklungsbedarf“ erkannt. Generelle Bevölkerungsstrukturelle Merkmale der drei Gebiete sind: Der Stadtteil Gostenhof, mit seinen ungefähr 22.500 Einwohner/innen, ist durch einen im Vergleich zur Gesamtstadt hohen Anteil von Kindern geprägt und besitzt die jüngste Bevölkerung Nürnbergs. Das Quartier Gibitzenhof mit einer Einwohnerzahl von 13.600 ist durch eine erhebliche und schnelle Fluktuation der Gebietsbevölkerung gekennzeichnet und das Quartier St. Leonhard/Schweinau, in dem ca. 23.100 Menschen leben, ist ebenfalls vergleichsweise jung. Der Anteil an Kindern ist hier deutlich höher als im Durchschnitt der Stadt Nürnberg (vgl. Brenner et al. 2012: 4ff.). Gemeinsam ist den Stadtteilen, dass die Bewohner/innen ein niedriges Bildungsniveau haben, die Arbeitslosigkeit über dem gesamtstädtischen Durchschnitt liegt und der Anteil an Migrant/innen relativ hoch ist.

Abbildung: Stadtteilpaten Alexander Brochier, Heinz Brenner und Barbara Bauer-Kropf, Initiatoren Reiner Pröbß und Dr. Ulrich Glaser (von links)



Foto: Stadt Nürnberg – Referat für Jugend, Familie und Soziales

2. Problemstellung und Anlass

Die Einbindung externer Partner – insbesondere von Unternehmen – in die Quartiersentwicklung stellt zugleich eine große Herausforderung und Chance dar. Obwohl generell eine steigende Bedeutung der Netzwerkbildung zwischen politischen Akteuren, Unternehmen sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren und eine verstärkte Einbindung externer Partner sowohl – beispielsweise in der Programmumsetzung Soziale Stadt – als wünschenswert betrachtet wird als auch feststellbar ist, sind

trotz bestehender gemeinsamer Interessen noch wenige gängige Formate der Einbindung von Unternehmen in die Stadtteilentwicklung konzipiert worden. Zudem stellt sich mit dem Auslaufen der Mittel aus der Städtebauförderung – im Nürnberger Fall im Gebiet St Leonhard/ Schweinau – zunehmend die Frage, wie die Initiativen und entwickelten Angebote langfristig gesichert werden können. Hinsichtlich einer Verstetigung sozialer Maßnahmen wird daher in bürgerschaftlichem Engagement und der verstärkten Netzwerkbildung der Quartiersakteure ein großes Potenzial gesehen. Mit den Stadtteilpatenschaften wird in Nürnberg beiden Herausforderungen der zielführenden Integration privatwirtschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagements und der Verstetigung der sozialen Aktivitäten begegnet.

3. Einbettung in die Gesamtmaßnahme

Das Projekt der Stadtteilpatenschaften ist unabhängig von der Städtebauförderung auf Ebene der Gesamtstadt entstanden und beim Sozialdezernat der Stadt angesiedelt. Im Quartier St. Leonhard/Schweinau wird die Stadtteilpatenschaft allerdings für die Fortführung von im Programm entstandenen Projekten und Initiativen genutzt. Dementsprechend wird durch das Engagement des Unternehmens auch ein Beitrag zur Verstetigung geleistet.

Abbildung: Projekt Stadtteilmütter im Programmgebiet St. Leonhard/Schweinau – Ferienworkshop „Pleitegeier“



Foto: Stadt Nürnberg – Referat für Jugend, Familie und Soziales

Durch das Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg wurde bereits im Jahr 2005 ein „Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg“ erarbeitet, in dem ressortübergreifend Leitlinien für das zukünftige kommunale Verwaltungshandeln in diesen Politikfeldern vereinbart wurden. Zudem wurde seitens der Stadt eine Fokussierung auf Sozialräume vorgesehen. In den im Rahmen des Sozialraummonitorings als benachteiligt erkannten Stadtteilen – bei denen es sich nicht zwingend um Gebiete der Sozialen Stadt handeln muss – wurden (zeitlich begrenzt) aus kommunalen Mitteln finanzierte Stadtteilkoordinator/innen eingesetzt. Zu ihren Aufgaben gehören unter anderem die Verbesserung der Vernetzung und Kooperation im Stadtteil, die Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur vor Ort im Quartier

und die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe. Gleichzeitig sind die Koordinator/innen die Schnittstelle zu den Stadtteilpaten.

4. Das Vorhaben und seine Ziele

Ziel der Stadt Nürnberg ist eine verstärkte Integration von Unternehmen in stadtpolitische Belange und eine stärkere kooperative öffentlich-private Zusammenarbeit. Konkretisiert wird dieses Ziel mit dem Modell der Stadtteilpatenschaften, in denen privates Engagement im Stadtteil innerhalb eines klaren institutionellen Rahmens ermöglicht wird. Grundsätzliche Idee ist dabei, einzelne Unternehmen oder Stiftungen für Patenschaften in benachteiligten Stadtquartieren zu gewinnen und damit eine Aktivierung und verstärkte Einbindung von in der Region ansässigen Unternehmen für soziale Belange in den benachteiligten Quartieren zu erreichen. Gemeinsam mit diesen Unternehmen werden in den Gebieten soziale Maßnahmen gefördert.

Abbildung: Projekt Stadteillotsen im Programmgebiet St. Leonhard/Schweinau



Foto: Stadt Nürnberg – Referat für Jugend, Familie und Soziales

Damit einhergehend soll eine Verstärkung sozialer Aktivitäten in den Quartieren unter Nutzung privater Ressourcen gewährleistet werden. Die Unternehmen unterzeichnen eine Vereinbarung mit der Stadt Nürnberg (vertreten durch das Referat für Jugend, Familie und Soziales) und sichern darin ein längerfristiges, quartiersbezogenes Engagement für Projekte im Stadtteil zu. Im Rahmen dieser Stadtteilpatenschaften unterstützen die Unternehmen soziale Projekte in den jeweiligen Stadtteilen personell sowie finanziell und gehen mit der Stadt die vertraglich abgesicherte Verbindlichkeit ein, dies auch längerfristig – über mehrere Jahre – zu tun. Die Unternehmen unterstützen dabei nicht nur singuläre Projekte. Der finanzielle Rahmen umfasst dabei mindestens zwischen 20.000 Euro und 25.000 Euro pro Jahr, die das Unternehmen für Initiativen und Projekte bereitstellt.

Das erste Nürnberger Quartier, für das eine Stadtteilpatenschaft gefunden werden konnte, war der Stadtteil Gostenhof. Ende 2010 übernahm hier die Brochier-Stiftung – deren Stifter Alexander Bro-

chier maßgeblich an der konzeptionellen Entwicklung der Stadtteilpatenschaftsidee beteiligt war – die Patenschaft für das Gebiet. Die Stiftung und ihr Stifter betrachten sich dabei als Ansprechpartner und Multiplikator für soziale Belange im Gebiet (vgl. Brenner et al. 2012: 4f.). Im Jahr 2011 wurden acht Projekte gefördert. Beispielsweise wurde ein Bildungstag veranstaltet, für den durch den Paten Mittel für pädagogische Programme in über 20 Kitas und Jugendhäusern, für Elternkurse und Jugendtheater-Projekte bereitgestellt wurden.

Im Quartier Gibitzenhof übernimmt die Siemens AG seit 2011 die Stadtteilpatenschaft, die in inhaltlicher Zielsetzung und Rolle des Unternehmens etwas anders ausgestaltet ist. Das Unternehmen betrachtet sich weniger als Ansprechpartner und Multiplikator, sondern eher als Projektförderer. Geförderte Projekte sind beispielsweise die Stadtteilveranstaltungen „Gibitzenhofer Sommer und Winter“, der sogenannte "Kulturrucksack" oder Theaterprojekte mit und für Hauptschüler (vgl. Brenner et al. 2012, 5f.).

Abbildung: Projekt Stadtteilmütter im Programmgebiet St. Leonhard/Schweinau



Foto: Stadt Nürnberg – Referat für Jugend, Familie und Soziales

Die dritte Stadtteilpatenschaft im Programmgebiet St. Leonhard/Schweinau übernimmt seit 2012 das Unternehmen Schwan-STABILO Cosmetics. Diese verfolgt drei Ziele: Erstens soll die soziale und kulturelle Teilhabe für Familien, Frauen und Kinder verbessert, zweitens die Integration von Menschen mit unterschiedlicher Zuwanderungsgeschichte gefördert und drittens die Vernetzung und Kommunikation im Stadtteil zwischen Einrichtungen, Organisationen und Bewohner/innen erhöht werden (vgl. URL <http://stadtteilforum.org>). Laut der Stadt Nürnberg lag im Jahr 2012 die Priorität der Stadtteilpatenschaft auf der Weiterführung laufender Projekte aus der Sozialen Stadt. Projekte wie die Stadtteilmütter, ein Besuchs- und Beratungsangebot für russischsprachige Bewohner, das Interkultur Café, das dem Abbau von kulturellen und sprachlichen Barrieren dient oder die Stadtteil-lotsen, die den Aufbau von generationen- und kulturübergreifenden Netzwerken vorsehen, wurden unterstützt.

Grundlage der Kooperation ist jeweils eine Kooperationsvereinbarung zwischen Unternehmen und Stadt. Diese enthält einen jährlichen Zielkatalog und eine Jahresabschlussevaluation. Regelmäßige

Treffen zwischen Stadtteilkoordination und den Unternehmen finden statt. Die Kommunikation und der Austausch sind in allen drei Gebieten eng. Zwar sind in allen drei Fällen mehrjährige Kooperationen vorgesehen, allerdings verpflichten sich die Unternehmen jedoch nicht zu einer festen Laufzeit. Neben ihrem finanziellen Beitrag engagieren sich die Unternehmen auch ideell im und für den Stadtteil. So übernehmen beispielsweise Mitarbeiter des Vorstandes von Schwan-STABILO Cosmetics jeweils persönlich für einzelne Projekte Projektpatenschaften oder es werden über Finanzmittel hinausgehende Ressourcen aus dem Unternehmen für Projekte im Stadtteil zur Verfügung gestellt (vgl. Brenner et al. 2012: 4f und GdW 2012: 34).

5. Umsetzungsstand und Ausblick

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass das Modell der Stadtteilpatenschaften gut funktioniert und mehrere Unternehmen und Stiftungen sich im Rahmen dieses Modells engagiert eingebracht haben. Hinsichtlich der Einbindung von Unternehmen in die Quartiersentwicklung wurde hier ein besonderer Ansatz gefunden, der innovativ und beispielhaft ist. Die enge Kooperation zwischen den Unternehmen und der Stadtverwaltung, den Projektträgern sowie Bewohner/innen kann als sehr erfolgreich angesehen werden. Es ist gelungen, ein quartiersbezogenes Unternehmensengagement längerfristig zu sichern und an die bestehenden inhaltlichen Ziele in den jeweiligen Stadtteilen anzupassen.

Abbildung: Projekt Frauencollege für Frauen mit russischem Migrationshintergrund im Programmgebiet St. Leonhard/Schweinau



Foto: Stadt Nürnberg – Referat für Jugend, Familie und Soziales

Die Unternehmen zeigen ein deutliches Interesse an der Gesamtentwicklung der Stadtteile und der Unterstützung durch nichtfinanzielle Ressourcen. In St. Leonhard /Schweinau plant das Unternehmen Schwan STABILO Cosmetics beispielsweise ein Kooperationsprojekt mit Schulen, in dem die Unterstützung der Schüler durch Praktikumsplätze oder andere nichtmonetäre Unterstützungsmöglichkeiten vorgesehen ist. Insofern zeigt sich in dem Projekt deutlich, dass lokale und regionale Unternehmen für Belange der Quartiersentwicklung gewonnen werden können. Derzeit werden vom Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg und Multiplikatoren, wie den bereits

involvierten Unternehmen und Stiftungen, weitere Stadtteilpaten für weitere Stadtteile Nürnbergs gesucht (vgl. GdW 2012: 34). Das Nürnberger Stadtteilpatenmodell ist auch Modellvorhaben im ExWoSt-Forschungsfeld „Unternehmen und Stiftungen für die soziale Quartiersentwicklung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS).

Als Stadtteilpaten werden die Unternehmen strategisch in die Gebietsentwicklung integriert. Sie übernehmen eine deutlich gewichtigere Rolle denn als reine Sponsoren und unterstützen in enger Kooperation mit den Stadtteilen Projekte in unterschiedlichen Handlungsfeldern und damit den integrativen Entwicklungsansatz. Die Unterstützung ist nicht auf Einzelprojekte beschränkt, sondern folgt den strategischen Entwicklungszielen in den Stadtteilen. In St. Leonhard/ Schweinau wurde im ersten Jahr der Partnerschaft ein wesentlicher Beitrag zur Verstetigung der Projekte im Programmgebiet geleistet. Eine Gesprächspartnerin der Stadt wies aber hinsichtlich der Verstetigung darauf hin, dass mit den Ressourcen der Unternehmen lediglich die Projektfinanzierung zu sichern ist. Die Aufrechterhaltung der in den Stadtteilen bestehenden personellen Ressourcen – beispielsweise im Quartiersmanagement – erfordert zusätzliche Mittel und kann nicht über die Patenschaften von Unternehmen gesichert werden. Für den Stadtteil St. Leonhard/Schweinau wurde das Projekt im Jahr 2012 mit einer Anerkennung im Preis Soziale Stadt gewürdigt.

6. Erfolgsfaktoren/Ratschläge zur Übertragbarkeit

Die Übertragbarkeit des Modells der Stadtteilpatenschaften zeigt sich bereits innerhalb der Stadt Nürnberg selbst durch die erfolgreiche Ausweitung auf mittlerweile drei Quartiere. Das Patenschaftsmodell weicht dabei deutlich von einem „herkömmlichen“ Sponsoring ab, was laut einer Interviewpartnerin als wichtige Erfolgsvoraussetzung für das Projekt zu sehen ist. Die Paten unterstützen nicht nur singuläre Einzelmaßnahmen, sondern es werden – unter einer klaren Zielstellung – verschiedene Initiativen und Projekte im jeweiligen Stadtteil unterstützt. Zudem handelt es sich nicht um ein kurzfristiges Engagement der Patenunternehmen, da dieses Engagement vertraglich über mehrere Jahre zugesichert wird. Strategische Überlegungen der Stadtteilentwicklung werden dadurch berücksichtigt und die inhaltlichen Ziele orientieren sich an den jeweiligen Handlungskonzepten und Problemlagen. Eine weitere zentrale Erfolgsvoraussetzung ist auch, dass die Unternehmen – wie dargestellt – den Willen und das Interesse haben, die Herausforderungen in den jeweiligen Stadtteilen tatsächlich kennen zu lernen und zu verstehen. Insbesondere eine Ergänzung um eine nichtmonetäre Unterstützung ist erfolgversprechend, kann aber nur bei Kenntnis der Rahmenbedingungen und spezifischen Problemlagen gelingen.

Quellen

Brenner, Heinz; Brochier, Alexander; Glaser, Uli und Pröhl, Reiner (2012): Die Stadtteilpatenschaft: Ein Modell öffentlich-privater Partnerschaft. In: Glaser, Uli und Pröhl, Reiner (Hrsg.): Nürnberger Arbeitspapiere zu sozialer Teilhabe, bürgerschaftlichem Engagement und „Good Governance“, Nr. 1 / Mai 2012, Nürnberg.

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., et al (Hrsg.) (2012): Dokumentation des Wettbewerbes Preis Soziale Stadt 2012, Berlin.

Glaser, Uli; Sauer, Bastian und Weiß, Sigurd (2013): Stadtteilpatenschaften in Nürnberg: Voraussetzungen und Erfahrungen. Nürnberger Arbeitspapiere zu sozialer Teilhabe, bürgerschaftlichem Engagement und „Good Governance“, Nr. 18 / Juli 2013. Nürnberg.

Schwan-STABILO Cosmetics und Stadt Nürnberg (Referat für Jugend, Familie und Soziales) (2012): Stadtteilpatenschaft für St. Leonhard/Schweinau. URL: http://stadtteilforum.org/fileadmin/user_upload/forum_leonhard/PDF_Stadtteilpatenschaft/Einleitung.pdf (Stand: 5/2013)

Rosenheim

Bürgerstiftung Rosenheim

Themenfeld: Einbindung von Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft

Bundesland	Bayern
Stadt	Rosenheim
Gebiet	Gesamtstadt
Projektträger	Bürgerstiftung Rosenheim
Ansprechpartner	Projektleitung Soziale Stadt Rosenheim Britta Schätzel An der Burgermühle 10 83022 Rosenheim Tel.: 08031 2321358 E-Mail: b.schaetzel@grws-rosenheim.de
Projektzeitraum	seit 2009
Beteiligte	Amt für Kinder, Jugend und Familien Stadtteilvereine
Finanzierung	Gründungsphase: Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt ESF-Bundesprogramm „Stärken vor Ort“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frau und Jugend (BMFSFJ) Seit 2012: Stiftungsmittel ehrenamtlicher Einsatz der Stifter
Projektwebsite	http://www.buergerstiftung-rosenheim.de

1. Gebietscharakter

Bereits mit Beginn des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt im Jahr 1999 wurden in Rosenheim drei Quartiere aufgenommen: Isarstraße/Trabhoferstraße, Finsterwalderstraße/Endorfer Au und Lessingstraße/Pfaffenhofener Straße. Alle drei Gebiete sind vorwiegend durch Wohnnutzung geprägt und weisen eine gemischte Bebauungsstruktur auf, die sowohl aus Ein- und Zweifamilienhäusern als auch dichterem Mietwohnungsbau aus den 1960er Jahren besteht. Zu den wesentlichen städtebaulichen Mängeln gehörten zu Beginn der Programmumsetzung eine geringe Qualität des öffentlichen

Raums, eine häufig schlecht erhaltene Bausubstanz, unzureichende Wegeverbindungen sowie Verkehrs- und Lärmbelastungen. Hinsichtlich der Sozialstruktur lassen sich in den Stadtteilen ein im Vergleich zur Gesamtstadt überdurchschnittlicher Anteil ökonomisch benachteiligter Familien sowie Migranten und ein hoher Anteil an älteren Menschen feststellen. Zudem sind Arbeitslosigkeit und Anteil an Langzeitarbeitslosen in allen drei Gebieten überdurchschnittlich hoch.

Abbildung: *Adventsmarkt am Lessingplatz des Bürgerhauses Miteinander zu Gunsten der Bürgerstiftung Rosenheim*



Foto: Soziale Stadt Rosenheim

2. Problemstellung und Anlass

Als eine Kernaufgabe der Sozialen Stadt in Rosenheim wurde die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements festgelegt. Vor dem Hintergrund des Auslaufens der Förderung für die lokalen Quartiermanagements in den drei Programmquartieren im Jahr 2008 wurden in Rosenheim verstärkt Anstrengungen unternommen, das bürgerschaftliche Engagement weiter zu stärken und damit einen Beitrag zur Verstetigung der aufgebauten Strukturen zu leisten. Entsprechende Ansätze wurden in den einzelnen Stadtteilen, aber auch auf gesamtstädtischer Ebene unter anderem mit der Initiative für die Bürgerstiftung Rosenheim unternommen. Ein wesentlicher Anlass für die Einrichtung einer Bürgerstiftung war zudem, dass die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft sowie ein deutlicheres finanzielles Engagement von entsprechenden Akteuren – beispielsweise seitens privater Wohnungsunternehmen oder von Genossenschaften – in den Quartieren und auf gesamtstädtischer Ebene noch wenig etabliert war. Besonders in diesem Bereich erhoffte man sich von einer „Bürgerstiftung Rosenheim“ wesentliche Impulse für die Quartiersentwicklung (vgl. BMVBS 2012: 47).

3. Einbettung in die Gesamtmaßnahme

Das Programm Soziale Stadt wurde in drei Rosenheimer Gebieten seit 1999 im Rahmen unterschiedlicher investiver und nichtinvestiver Maßnahmen umgesetzt. Dazu gehörten neben Projekten

in den Schwerpunktbereichen Wohnen und Wohnumfeld, Bildung und Stärkung von Infrastruktureinrichtungen, beispielsweise die Einrichtung von Bürgerhäusern und Freiwilligenagenturen sowie Gründung von Stadtteilvereinen als Anker für das lokale Gemeinwesen. In Rosenheim fand die zeitliche Befristung der nicht baulichen Maßnahmen und des Quartiermanagements in den Gebieten bereits bei Aufnahme der Programmumsetzung Berücksichtigung. So war von Beginn an ein Auslaufen des Quartiermanagements für das Jahr 2008 vorgesehen. Aus diesem Grund wurden bereits zu Beginn der Projektlaufzeit Verstetigungsüberlegungen formuliert, um die Quartiersarbeit auch nach Beendigung der Sonderförderung und dem Rückzug der städtischen Akteure weiterzuführen. Neben den entstandenen Freiwilligenagenturen, Stadtteilvereinen und Bürgerhäusern leistet die Bürgerstiftung Rosenheim einen wichtigen Beitrag zu dieser Verstetigung (vgl. BMVBS 2012: 44ff.).

In Rosenheim wurden bereits zu Beginn der Maßnahmen im Jahr 2000 gesamtstädtische Leitbilder formuliert. Ein Fokus lag dabei bereits deutlich auf dem Ziel der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, und es wurde eine kooperative, ergebnisoffene Planungskultur mit intensiver Beteiligung festgeschrieben. Die Bürgerstiftung Rosenheim stellt eine Maßnahme im Rahmen dieses Leitbilds dar und ist ein Teilvorhaben bei der Zielerreichung (vgl. BMVBS 2012: 47). Zudem war die Gründung der Bürgerstiftung im in Rosenheim durchgeführten ESF-Bundesprogramm „Stärken vor Ort“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frau und Jugend (BMFSFJ) als Gesamtziel der Projektphase 2009-2011 vorgesehen. In den zum Programm „Stärken vor Ort“ zugehörigen Aktionsplänen für die Sozialräume Nord, Ost und West war das Ziel der Bürgerstiftung verankert. Mit der Maßnahme der Bürgerstiftung sollten Konzept und Projekte des Programms nachhaltig gesichert und weiterentwickelt werden. Die Stiftung ergänzt die in den Stadtteilen im Rahmen Soziale Stadt zur Stärkung der Bürgerschaft entstandenen Initiativen wie Stadtteilvereine, Bürgerhäuser und Freiwilligenagenturen auf Ebene der Gesamtstadt (vgl. Soziale Stadt Rosenheim 2011: 7f.).

Abbildung: Bürgerstifter und Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer bei der Gründung der Bürgerstiftung Rosenheim am 7. Mai 2012



Foto: Stefan Loeber

4. Das Vorhaben und seine Ziele

Unter dem generellen Ziel der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der besonderen Bedeutung von Verstetigungsaktivitäten aufgrund der zeitlich befristeten Förderung der Sozialen Stadt wurde 2008 die „Initiative Bürgerstiftung Rosenheim“ unter dem Motto „Gemeinsam Chancen

schaffen“ ins Leben gerufen. Diese bereitete in den darauffolgenden Jahren – mit Unterstützung des Programms Soziale Stadt – die Gründung der eigentlichen „Bürgerstiftung Rosenheim“ im Jahr 2012 vor. Es wurden zahlreiche Veranstaltungen zur Vorbereitung, Bekanntmachung und StifTERSuche durchgeführt. Zwischen 2009 und 2012 war die Initiative zur Vorbereitung einer Bürgerstiftung auch bei allen Veranstaltungen der Sozialen Stadt präsent. Im Aktionsplan des durchgeführten Programms „Stärken vor Ort“ wurde die Gründung einer Bürgerstiftung 2009 als städtisches Gesamtziel verankert. Die Stiftung wurde im Mai 2012 offiziell gegründet und ist seit November 2012 als Bürgerstiftung anerkannt.

Ziel der Bürgerstiftung ist es, das bürgerschaftliche Engagement in den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen der Stadt Rosenheim zu stärken und zu bündeln, soziale Projekte konzeptionell zu begleiten und sie finanziell zu sichern. Zudem versteht sie sich als Impuls- und Ideengeber für innovative Konzepte und Projekte für Kinder, Jugendliche und Familien. Daneben sollen durch die Stiftung gesellschaftspolitische Impulse in Rosenheim gesetzt werden. Der Arbeitsmodus hierfür soll transparent, flexibel und kooperativ mit allen Bürgern, der Stadtverwaltung und -politik sein. Des Weiteren sollen die – in allen Lebensbereichen initiierten und umgesetzten – Projekte generationsübergreifende Strategien verfolgen (vgl. Satzung der Bürgerstiftung Rosenheim: 1).

Um diese Ziele zu erreichen, kann die Stiftung gemäß ihrer Satzung fünf Maßnahmen ergreifen: Dazu gehört neben der Unterstützung bestehender Projekte (beispielsweise die Fortführung der ursprünglich aus dem Programm Soziale Stadt finanzierten Schwimmkurse „Jedes Kind soll Schwimmen lernen!“) die Durchführung von Vortragsveranstaltungen, Ausstellungen, Konzerten sowie von Projekten im sozialen Bereich. Zudem können wissenschaftliche Veranstaltungen unterstützt werden sowie Preise, Stipendien oder sonstige Zuwendungen für beispielgebende Leistungen im Sinne des Stiftungszwecks vergeben werden. In Einzelfällen ist es der Stiftung darüber hinaus möglich, bedürftige Personen direkt zu unterstützen (vgl. Satzung der Bürgerstiftung Rosenheim: 2).

Abbildung: Verleihung von Seepferdchen- oder Frosch-Urkunden an 22 Kinder der Grundschule Pang



Foto: Soziale Stadt Rosenheim

Seit der Initiierung 2008 ist ein breites Stifternetzwerk entstanden, so dass die Bürgerstiftung zum Zeitpunkt der Gründung im Jahr 2012 bereits 71 Stifter gewinnen konnte. Die Stifter bilden ein brei-

tes Spektrum der in der Stadtgesellschaft vertretenen Organisationen wie auch Privatpersonen ab: So engagieren sich beispielsweise Unternehmen wie die städtische Filiale eines Drogeriemarktes, Stadtteilvereine, Moscheen, Jugendhilfeträger, die Wohnungs- und Sanierungsgesellschaft der Stadt Rosenheim mbH oder auch die Initiative Sportvereine Rosenheim in der Stiftung. Das Kapital der Stiftung betrug 2012 über 57.000 Euro. Dieses Grundkapital bleibt erhalten und die Kapitalerträge werden langfristig genutzt. Für die finanzielle Unterstützung von Projekten sammelt die Stiftung zudem zusätzliche Spenden ein (vgl. Soziale Stadt Rosenheim 2011: 8; GdW 2012). Nach ihrer offiziellen rechtlichen Anerkennung ist die Bürgerstiftung derzeit dabei, erste Projekte zu unterstützen und zu konzipieren.

5. Umsetzungsstand und Ausblick

Mit der Bürgerstiftung Rosenheim ist in den letzten Jahren ein breites und institutionalisiertes Netzwerk für die soziale Stadtentwicklung Rosenheims entstanden. In der Stiftung werden Kompetenzen bürgerschaftlichen Engagements und Mittel für soziale Aktivitäten gebündelt. Mit der Stiftung wird auf gesamtstädtischer Ebene ein Beitrag zur Verstärkung sozialer Aktivitäten in Rosenheim geleistet. Bürgerschaftliches Engagement wird damit in der Stadt unter gemeinsamen Zielen gefördert. Ob es zu einer generellen Verstärkung bürgerschaftlichen Engagements kommen wird, muss sich allerdings noch zeigen. Der angesprochene, ursprünglich geringe Anteil von in der Stadt engagierten Unternehmen konnte mit der umfassenden Vernetzung jedoch bereits erhöht werden. Das Stifternetzwerk umfasst bereits eine Vielzahl unterschiedlicher, zivilgesellschaftlicher Akteure der Stadt und es ist vorgesehen, dieses in den kommenden Jahren weiter auszubauen.

Abbildung: Die Initiative Bürgerstiftung versorgt eine Woche die Grundschule Prinzregentenschule mit Frühstück



Foto: Soziale Stadt Rosenheim

Insgesamt lässt sich in Rosenheim zudem feststellen, dass durch die Unterstützung der Stadtteile im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt ein wichtiger Impuls in der Stadt gesetzt wurde, der sich auf die Gesamtstadt auswirkt und inzwischen eine breite Debatte und ein starkes Bewusstsein unter dem Stichwort: „Soziale Stadt Rosenheim“ etabliert hat. Die Bürgerstiftung wird

in dieser Debatte deutlich in der öffentlichen Wahrnehmung mit dem Städtebauförderungsprogramm und dem Handlungsansatz der Sozialen Stadt verbunden.

6. Erfolgsfaktoren/Ratschläge zur Übertragbarkeit

Das Modell einer Bürgerstiftung kommt bereits in einer ganzen Reihe von Kommunen zur Anwendung und ist generell übertragbar. In Rosenheim war die Bürgerstiftung Teil der Verstetigungsstrategie der Aktivitäten im Rahmen der Sozialen Stadt. Dies hat zu einer breiten Initiative geführt, die eine hohe Anbindung an die Programmgebiete der Sozialen Stadt hat, in den Quartieren bekannt ist und auf Quartiersveranstaltungen für sich werben konnte. Damit ist die Bürgerstiftung von Beginn an eng mit dem Programm verzahnt und kann Projekte der Programmgebiete unterstützen und fortführen.

Die Erfahrungen aus Rosenheim zeigen auch, dass die Gründung einer Bürgerstiftung eine – unter Umständen mehrjährige – Vorlaufphase benötigt, um die angestrebten Ziele bekannt zu machen und eine möglichst breite Basis an Unterstützerinnen und Unterstützern zu erreichen und zu aktivieren. Ohne eine solche breite Basis von Gründungsmitgliedern aus unterschiedlichen Teilen der Stadtgesellschaft kann eine Bürgerstiftung kaum ausreichende Stabilität erreichen. Wichtig ist dabei auch, dass die Vorlaufphase bis zur Gründung finanziell unterstützt bzw. gefördert wird, da die zu schulternde Aufgabe für ein rein ehrenamtliches Engagement zu umfangreich ist.

Quellen

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.) (2012): Sicherung tragfähiger Strukturen für die Quartiersentwicklung im Programm Soziale Stadt. Berlin.

Bürgerstiftung Rosenheim. Satzung. URL: <http://www.buergerstiftung-rosenheim.de/media/media0005020.PDF> (Stand: 5/2013)

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., et al (Hrsg.) (2012): Dokumentation des Wettbewerbes Preis Soziale Stadt 2012, Berlin.

Homepage der Bürgerstiftung Rosenheim. URL: <http://www.buergerstiftung-rosenheim.de> (Stand: 5/2013)

Homepage der Sozialen Stadt Rosenheim. URL: <http://www.sozialestadt-rosenheim.de> (Stand: 5/2013)

Initiative Bürgerstiftung Rosenheim (2009): Stiftermagazin. Die Initiative Bürgerstiftung Rosenheim: „Gemeinsam Chancen schaffen“. Ausgabe II/Dezember 2009. Rosenheim.

Soziale Stadt Rosenheim (Hrsg.) (2010): Jahresbericht 2009. Rosenheim.

Soziale Stadt Rosenheim (Hrsg.) (2011): Stärken vor Ort. Projektdokumentation 2010. Rosenheim. URL: http://www.sozialestadt-rosenheim.de/fileadmin/pdf/StaerkenVorOrt_2010.pdf (Stand: 5/2013)

Soziale Stadt Rosenheim (Hrsg.) (2012): Jahresbericht 2011. Rosenheim.

Soziale Stadt Rosenheim (Hrsg.) (2013): Soziale Stadt Rosenheim 2000-2012. Projektdokumentation. Rosenheim.

Ludwigsburg – Gesamtstadt

Abgestuftes System integrierter Stadt(teil)entwicklungsplanung

Themenfeld: Erarbeitung und Fortschreibung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts unter Berücksichtigung von Verstetigungsüberlegungen und Einbettung in gesamtstädtische Konzepte.

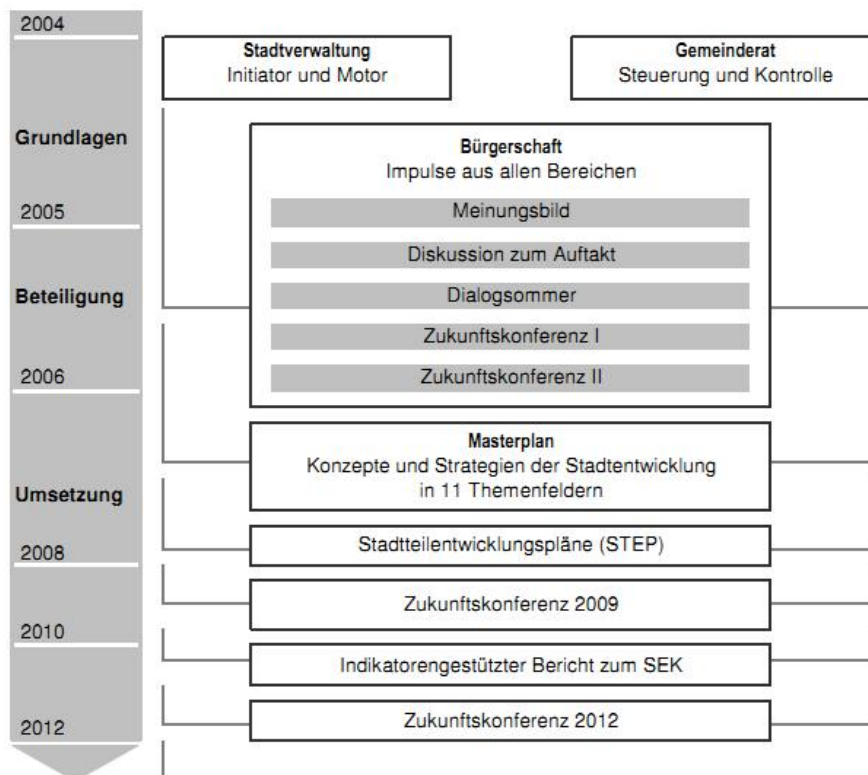
Bundesland	Baden-Württemberg
Stadt	Ludwigsburg
Gebiet	Gesamtstadt und Programmgebiet Grünbühl-Sonnenberg/Karlshöhe
Projekträger	Stadt Ludwigsburg, Referat Nachhaltige Stadtentwicklung
Ansprechpartner	Stadt Ludwigsburg Martin Scheuermann Wilhelmstraße1 71638 Ludwigsburg Telefon: 07141 910-2138 Telefax: 07141 910-3099 E-Mail: m.scheuermann@ludwigsburg.de
Projektzeitraum	seit 2004
Beteiligte	Verwaltung, Kommunalpolitik, Bürger/innen, weitere Einrichtungen und Akteure
Finanzierung	Mittel des Kommunalhaushalt Mittel des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt
Projektwebsite	http://www.ludwigsburg.de/Lde/start/stadt_buerger/Stadtentwicklungskonzept.html

1. Gebietscharakter

Die baden-württembergische Stadt Ludwigsburg mit ihren rund 87.000 Einwohnern liegt nördlich der Stadt Stuttgart. Das Stadtbild der Kernstadt ist geprägt von einem barocken Stadtgrundriss sowie dem raumgreifenden Residenzschloss mit seiner ebenfalls barocken Gartenanlage. Ludwigsburg besitzt bzw. besaß mit Eglosheim (Förderung 2008 ausgelaufen) und Grünbühl/Sonnenberg/Karlshöhe zwei Programmgebiete des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt, die in den äußeren Erweiterungsbereichen der Kommune liegen.

Der Ludwigsburger Stadtteil Grünbühl-Sonnenberg und der Stadtbereich Karlshöhe sind seit 2006 Protramgebiet der Sozialen Stadt. Das Teilgebiet Grünbühl ist ein vom Geschosswohnungsbau der 1950er und 1960er Jahre geprägtes Quartier, das von einem deutlichen Mangel an für Familien geeignetem Wohnraum und gleichzeitig kaum vorhandenen Freiflächen für eine ergänzende Neubebauung gekennzeichnet ist. Die Bebauung des zweiten Teilquartiers Sonnenberg bestand zu einem großen Teil aus kasernenartigen Blockbauten, die ehemals den US-Streitkräften gehörten und als Offizierswohnungen dienten. Die Einwohnerstruktur beider Stadtteile ist dabei im Vergleich zur Gesamtstadt durch einen hohen Grad an sozialer Benachteiligung der Bewohner/innen, einen hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund sowie von Bewohner/innen ohne deutschen Pass und einen hohen Anteil an Jugendlichen und Kindern geprägt. In Sonneberg wohnen zudem vergleichsweise viele ältere Menschen (vgl. Stadtverwaltung Ludwigsburg 2009: 9ff.).

Abbildung: *Ablaufschema der Etablierung einer nachhaltigen Stadtentwicklung in Ludwigsburg*



Quelle: Stadt Ludwigsburg

2. Problemstellung und Anlass

Vor dem Hintergrund, dass auch Ludwigsburg zunehmend auf generelle gesamtstädtische Herausforderungen reagieren muss, wie sie derzeit auch viele andere bundesdeutsche Kommunen treffen, wurde im Rahmen der Etablierung einer nachhaltigen Stadtentwicklung in Ludwigsburg eine umfassende Reform stadtpolitischer Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen vorgenommen. In Ludwigsburg zählen zu den Herausforderungen beispielsweise der demographische Wandel oder eine steigende Aufgaben- und Anforderungsfülle bei gleichzeitig zurückgehenden kommunalen Finanzen. Die Komplexität der kommunalen Themenfelder erfordert grundlegend neue Strategien und Wege der politischen Planung bis hin zur Umsetzung. Unter dem Leitbild der nachhaltigen Entwick-

lung werden die vielfältigen Herausforderungen in Ludwigsburg zusammengefasst und gemeinsam mit Akteuren aus der Kommunalpolitik, Bürger/innen, Wirtschaft, Einrichtungen und sonstigen Institutionen langfristige Strategien und Ziele entwickelt. Für die Implementierung des integrierten Ansatzes wurde auch eine grundlegende Reform der Verwaltungsstrukturen durchgeführt.

3. Einbettung in die Gesamtmaßnahme

Im abgestuften System integrierter Stadt(teil)entwicklungsplanung in Ludwigsburg griffen die Akteure auf die Erfahrungen, Ansätze und Vorgehensweisen, die seit 1999 im Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt auf Quartiersebene etabliert wurden, zurück. Im Rahmen des integrierten Vorgehens werden auch die verschiedenen Verwaltungsressorts unter einem „Dach“ gemeinsamer strategischer Ziele aus dem Stadtentwicklungskonzept miteinander verknüpft. Stadtentwicklung in Ludwigsburg wird dabei als lernender Prozess verstanden, den es immer wieder zu reflektieren gilt.

Teilräumliche integrierte Entwicklungskonzepte – hier als sogenannte Stadtteilentwicklungsplänen (STEP) benannt – werden nun für alle Stadtteile erstellt und damit ein dem Vorgehen der Sozialen Stadt vergleichbarer Ansatz langfristig in allen Stadtteilen Ludwigsburg verankert. Wesentliche strategische Ziele des Programms Soziale Stadt, wie beispielsweise ressortübergreifende Zusammenarbeit und Ressourcenbündelung, sind damit dauerhaft in den Verwaltungsstrukturen Ludwigsburgs verstetigt.

Abbildung: Zukunftskonferenz zum Stadtentwicklungskonzept in Ludwigsburg (November 2012)



Foto: Stadt Ludwigsburg

4. Das Vorhaben und seine Ziele

Ziel in der Stadt Ludwigsburg ist es, ein strategisches stadtpolitisches Vorgehen auf gesamstädtischer Ebene zu etablieren, um als Kommune auf aktuelle sowie zukünftige Herausforderungen reagieren zu können und eine integrierte sowie nachhaltige Stadtentwicklung zu erreichen. Das Leitbild einer nachhaltigen Stadtentwicklung wird als Querschnittsaufgabe etabliert und die unterschiedlichen Ressorts werden horizontal vernetzt. Hierfür werden in einem umfassenden Prozess seit 2004 die Planung, die Verfahren und die Verwaltungsstrukturen angepasst. Konkretes Ziel ist –

dem Nachhaltigkeitsprinzip folgend – die Sicherung einer ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Zukunftsfähigkeit. Eine neue Planungskultur wird langfristig in der Stadt etabliert, in der alle kommunalen Handlungsfelder in strategische Gesamtkonzepte integriert werden. In dieser integrierten Stadtentwicklungsplanung sollen einerseits alle Teilaspekte und Handlungsfelder berücksichtigt und somit ein klassisches Ressortdenken überwunden werden. Außerdem soll ein kooperativer Prozess etabliert werden, bei dem Verwaltung, Gemeinderat, Experten und Bürger gemeinsam die Zukunftsfragen und wesentlichen Handlungsfelder der Stadt entwickeln und in regelmäßigen Abständen aktualisieren (vgl. Spec et al. 2010: 263).

Zu diesem Zweck wurde ein System abgestufter Planung in Ludwigsburg entworfen und nach einer umfassenden Bürgerbeteiligung – unter anderem im Rahmen zweier großer Zukunftskonferenzen – im Jahr 2006 eingeführt und vom Gemeinderat verabschiedet. Das Hauptinstrument dieser integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung stellt ein – die gesamte Stadt Ludwigsburg betreffendes – Stadtentwicklungskonzept (SEK) dar. Es dient seit Aufstellung als strategischer Handlungsleitfaden, dessen Ziele regelmäßig mit der Bürgerschaft und der Lokalpolitik geprüft sowie gegebenenfalls angepasst werden (zuletzt im Rahmen einer erneuten Zukunftskonferenz im November 2012 mit anschließender Beschlussfassung im Gemeinderat). Das SEK behandelt die relevanten Themenfelder der Stadt und beinhaltet derzeit folgende elf Themenfelder:

- Attraktives Wohnen
- Bildung und Betreuung
- Energieversorgung
- Grün in der Stadt
- Kulturelles Leben
- Lebendige Innenstadt
- Mobilität
- Vielfältiges Sportangebot
- Vitale Stadtteile
- Wirtschaft und Arbeit
- Zusammenleben von Generationen und Nationen

Abbildung: *Managementsystem der integrierten Stadtentwicklung in Ludwigsburg*

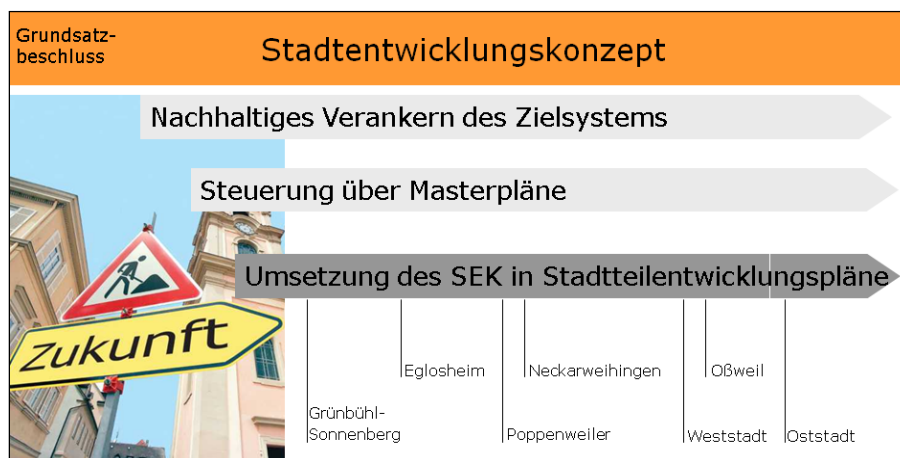


Quelle: Stadt Ludwigsburg

Jedes Themenfeld wird wiederum in einem Masterplan konkretisiert, in dem Maßnahmen aufgeführt sind, mit denen die Ziele erreicht werden sollen. Die Masterpläne enthalten beispielsweise Aussagen über die städtischen Maßnahmen, Prozessverantwortliche, Projektstatus und Arbeitsstand. Über ein im Aufbau befindliches EDV-gestütztes System werden die Informationen der Masterpläne mit der Haushaltsplanung verknüpft.

Neben der inhaltlichen Konkretisierung in den Masterplänen werden die strategischen Zielsetzungen des gesamtstädtischen Stadtentwicklungskonzeptes (SEK) räumlich für die Stadtteile in Stadtteilentwicklungsplänen (STEP) dargelegt und visualisiert. Die Themenfelder werden im Zusammenhang der jeweiligen Situation der Stadtteile nochmals beleuchtet, und es werden gebietsbezogene Vorschläge erarbeitet. Die Stadtteilentwicklungspläne gewährleisten die Umsetzung und dauerhafte Verankerung des gesamtstädtischen Stadtentwicklungskonzeptes in den Gebieten. Zudem wird unter Beteiligung der Bürger ein Abgleich mit den Bedürfnissen vor Ort vorgenommen (vgl. Spec et al 2010: 268ff.). Die Integrierten Entwicklungskonzepte der Sozialen Stadt stellen dabei auf Ebene des Quartiers die unterste Planungsschicht dar und sind Bestandteil des jeweiligen STEP für den Stadtteil. Für jeden Stadtteil soll mittelfristig ein Stadtteilentwicklungsplan erstellt werden. Verknüpft sind diese Planungsinstrumente mit einem aktuellen Projektmanagement – so gibt es für jeden Stadtteil in der Regel einen Projektverantwortlichen – und einem umfassenden Monitoring und Evaluationssystem. Der Gemeinderat hat hierzu 66 Indikatoren beschlossen, anhand derer die gesamtstädtische Entwicklung begleitet und „messbar“ gemacht werden kann.

Abbildung: Abgestuftes System integrierter Stadt(teil)entwicklungsplanung in Ludwigsburg



Quelle: Stadt Ludwigsburg

Neben der Einführung dieses abgestuften Systems an integrierten Planungsinstrumenten wurde auch die Kommunalverwaltung unter der Zielsetzung der Etablierung einer „nachhaltigen Stadtentwicklung“ weiterentwickelt. So wurde Ende 2008 das Referat „Nachhaltige Stadtentwicklung“ eingerichtet, das als Querschnittseinheit konzipiert ist und mit allen drei Dezernaten der Stadtverwaltung, (Dezernat I: Wirtschaft, Kultur, Verwaltung, Dezernat II: Bildung, Sport und Soziales, Dezernat III: Bauen, Technik und Umwelt) aktiv zusammenarbeitet. Die Hauptaufgabe des Referats ist die Vernetzung und Integration der Themenfelder der Stadtentwicklung. Beispielsweise werden die Masterpläne zwar durch die jeweiligen Fachressorts erstellt und inhaltlich begleitet, jedoch vom Referat Nachhaltige Stadtentwicklung koordiniert, vernetzt und beispielsweise auf Zielkonflikte kontrolliert. Zu den weiteren Aufgaben des Referats gehören unter anderem die Koordination der Stadtteil-

wicklungspläne, die Durchführung und Koordination von Stadterneuerungsverfahren, die inhaltliche und organisatorische Federführung der Bürgerbeteiligung sowie die Übernahme weiterführender Fachaufgaben. Das Referat Nachhaltige Stadtentwicklung ist in die drei Bereiche Wirtschaftsförderung, Integrierte Stadtentwicklung und Europa sowie Energie untergliedert (vgl. Spec et al 2010: 173).

Der Prozess des Umbaus zur nachhaltigen Stadtentwicklung wird als lernender Prozess verstanden und dementsprechend sind die dargestellten neuen Planungsinstrumente und Verwaltungsstrukturen nicht am Reißbrett entstanden, sondern Ergebnis eines seit 2003 andauernden umfassenden und schrittweisen Prozesses in der Stadt Ludwigsburg. Insbesondere das Stadtentwicklungskonzept ist Ergebnis eines breiten bürgerschaftlichen Beteiligungsverfahrens. In mehreren Schritten und in verschiedenen Formaten wurden die Bürger in die Prozesse eingebunden. In einer groß angelegten Zukunftskonferenz im Jahr 2005 wurden mit dem Ziel der Entwicklung von Zukunftsvisionen und Leitbildern die entscheidenden Themenfelder des Stadtentwicklungskonzeptes – elf Zukunftsthemen der Stadt – festgelegt. Die Zukunftskonferenzen werden in regelmäßigen Abständen wiederholt, um das Stadtentwicklungskonzept immer wieder zu überprüfen, aktualisieren und fortzuschreiben.

Abbildung: Öffentlicher Stadtteilspaziergang mit Oberbürgermeister Spec als eine von vielen Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten



Foto: Stadt Ludwigsburg

5. Umsetzungsstand und Ausblick

Die Zielstellung einer integrativen und nachhaltigen Stadtentwicklung existiert in der Stadt Ludwigsburg nicht nur als Leitbild, sondern wird seitens der Akteure ernst genommen und schlägt sich in der Verwaltungs- und Planungskultur nieder. Eine wichtige Grundlage für das Verwaltungshandeln sind dabei die aufgestellten Masterpläne, die eine umfassende Dokumentation und Fortschreibung konkreter Projekte und Maßnahmen gewährleisten. Der Veränderungswille besteht nicht nur auf dem Papier, sondern folgt einer klaren Zielstellung aus dem Stadtentwicklungskonzept. Die Verwaltung in ihrem Handeln und die kommunalen Planungsansätze wurden und werden regelmä-

ßig kritisch beleuchtet und im Ergebnis an die Herausforderungen angepasst, denen sich die Stadt Ludwigsburg stellen muss.

Der Ansatz einer integrierten Stadtentwicklung als Grundlage des kommunalen Verwaltungshandelns wurde in Ludwigsburg langfristig implementiert. In Form der Stadtteilentwicklungspläne – die auch für die Gebiete der Sozialen Stadt entwickelt wurden – konnte das Vorgehen und der integrierte Ansatz der Sozialen Stadt in Ludwigsburg dauerhaft verankert werden. In der kommunalen Praxis bedeutet dies beispielsweise, dass die Durchführung von Maßnahmen, die Vernetzung von Themen oder ressortübergreifende Projekt- und Lenkungsgruppen auch unabhängig von Förderzeiträumen stattfinden. Ludwigsburg betont, dass Stadtentwicklung eine Daueraufgabe ist – und entsprechend auch deren Koordination.

Abbildung: Bürger/innen diskutieren auf der Zukunftskonferenz



Foto: Stadt Ludwigsburg

6. Erfolgsfaktoren/Ratschläge zur Übertragbarkeit

Eine bedeutende Voraussetzung für eine Strukturreform, wie sie in Ludwigsburg geschieht, sind die beteiligten Personen und deren Motivationen. In Ludwigsburg sind Stadtverwaltung und Dezernate von dem Modell überzeugt und der Oberbürgermeister ist „Taktgeber“ im laufenden Veränderungsprozess. Zu Beginn konnten so gewisse Vorbehalte seitens des Gemeinderats ausgeräumt werden. Diese Akteure sind insbesondere wichtig, da ein Erfolg von der Freiwilligkeit und der Kooperationsbereitschaft vieler Akteure abhängt. Laut Spec sind sich die beteiligten Personen in Leitungsfunktionen (Dezernenten) ihrer Vorbildrolle in diesem Prozess bewusst (vgl. Spec et al 2010: 275). Ein Interviewpartner der Stadtverwaltung wies zusätzlich darauf hin, dass flache Hierarchien zur Verwaltungsspitze und kurze Entscheidungswege ein entscheidender Erfolgsfaktor sind. Zudem seien die starke Vernetzung der Arbeit und die intensive Kommunikation entscheidend für den Erfolg.

Das Ludwigsburger Stadtentwicklungskonzept ist unter einer umfassenden Bürgerbeteiligung erstellt worden. Hinsichtlich der Integration von Bürgern und deren Aktivierung zur Teilnahme hat das

Projekt Modell- und Vorbildcharakter. Die Bürgerbeteiligung hat zu einer lebhaften Debatte um Stadtentwicklung in Ludwigsburg geführt.

Das Ludwigsburger Modell ist sehr individuell und im Prozess der Zusammenarbeit verschiedener Akteure entstanden. Trotzdem ist eine Übertragbarkeit hinsichtlich des Vorgehens und der konkreten entstandenen Strukturen gegeben, wenn man das Vorgehen auf die jeweiligen örtlichen Besonderheiten reflektiert. Die intensive und schrittweise Aktivierung und Beteiligung der Bürgerschaft, der politische Wille, eine integrierte Stadtentwicklung zu erreichen, und das prozedurale Lernen, sind Kriterien, die in besonderem Maße übertragbar sind und den Erfolg maßgeblich positiv beeinflussen haben.

Quellen

Spec, Werner; Geiger, Albert & Kurt, Martin (2010): Es geht ums Ganze: „Chancen für Ludwigsburg“ – das Stadtentwicklungskonzept. In: Informationen zur Raumordnung (IzR), Heft 4: 263-275.

Spec Werner (2010): Stadt- und Verwaltungsumbau Ludwigsburg. Eine Kommune auf dem Weg zur nachhaltigen Stadtentwicklung. In: Planerin Heft 2.

Stadtverwaltung Ludwigsburg (Hrsg.) (2009): Stadtteilentwicklungsplan Grünbühl/Sonnenberg. Ludwigsburg.

Mülheim/Ruhr – Eppinghofen, Styrum

Integrierte Handlungsstrategie für soziale Integration

Themenfeld: Erarbeitung und Fortschreibung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts unter Berücksichtigung von Verstetigungsüberlegungen und Einbettung in gesamtstädtische Konzepte.

Bundesland	Nordrhein-Westfalen
Stadt	Mülheim an der Ruhr
Gebiet	Eppinghofen, Styrum
Projekträger	Stadt Mülheim an der Ruhr Dezernat V „Bildung, Soziales, Jugend, Gesundheit, Sport und Kultur“
Ansprechpartner	Herr Özay Vural Tel.: 0208 / 4551532 oezay.vural@stadt-mh.de
Projektzeitraum	seit 2009
Beteiligte	Dezernat VI „Umwelt, Planen, Bauen“ Amt für Kinder, Jugend und Schule
Finanzierung	ExWoSt-Forschungsfeld Integration und Stadtteilpolitik
Projektwebsite	http://www.muelheim-ruhr.de/cms/stadtteilmanagement_eppinghofen.html

1. Gebietscharakter

Die beiden Soziale-Stadt-Gebiete Mülheims „Eppinghofen“ und „Styrum“ grenzen im Norden an die Innenstadt an und sind durch eine gemischte Bebauung geprägt. Styrum ist ein traditionelles Arbeiterviertel mit einer weitgehend homogenen Bebauungsstruktur, die in Teilen um Einfamilienhausbebauung ergänzt wurde. Eppinghofen weist hingegen eine deutlich heterogenere Struktur auf, die von Bereichen mit Nutzungsmischung (u.a. Geschäftsstraße) und Industriegebieten, über sozialen Wohnungsbau und Werkssiedlungen bis zu einem gründerzeitlich geprägten Ortsteil (Dichterviertel) reicht. Im Norden, Westen und Süden ist Eppinghofen von städtebaulichen Barrieren in Form von Industriebebauung, Bahnlinien und städtischen Ausfallstraßen begrenzt.

In Eppinghofen wohnen ca. 11.800 Einwohner, in Styrum ca. 15.000. Die Bewohnerschaft ist sehr heterogen und die Stadtteile durch eine kleinräumige Segregation gekennzeichnet. So ist das Dichterviertel von eher der Mittelschicht zugehörigen Bewohner/innen bewohnt, wohingegen Straßenzüge in direkter Nachbarschaft von einer stark ökonomisch benachteiligten Bevölkerung geprägt sind. Rund ein Viertel der Einwohner/innen beider Stadtteile ist von staatlichen Transferzahlungen

abhängig. Der Anteil ist damit ungefähr doppelt so hoch wie im gesamtstädtischen Durchschnitt. Der Anteil an Migrant/innen ist in beiden Stadtteilen in Relation zur Gesamtstadt hoch. In Eppinghofen haben ca. 45%, in Styrum 35% der Bewohner einen Migrationshintergrund (zum Vergleich: Mülheim gesamt 22%). Beide Quartiere – und hier insbesondere Eppinghofen – sind von einer hohen Fluktuation der Bewohner gekennzeichnet. Diese Fluktuation ist sowohl Ursache als auch Resultat des negativen Images der Quartiere (vgl. Mayer/Polat 2008: 35 – 40, BMVBS 2011, Mülheimer Gesellschaft für soziale Stadtentwicklung mbH 2011:16ff.).

Abbildung: Lokales Versorgungszentrum im Mülheimer Stadtteil Eppinghofen



Foto: StadtRaumKonzept GmbH

2. Problemstellung und Anlass

Die Stadt Mülheim ist in ihren Stadträumen durch eine hohe sozialräumliche Polarisierung gekennzeichnet. Wie dargestellt, weisen die beiden benachteiligten Stadtteile Eppinghofen und Styrum dabei eine besonders deutliche kleinräumige soziale Differenzierung auf. Generell lässt sich die Tendenz zu einer sozialen, ethnischen und demographischen Segregation auch bei Betrachtung der Gesamtstadt feststellen. Hintergrund des Vorhabens ist diese „soziale Spaltung“ Mülheims. Die gesellschaftliche Integration und Teilhabe von benachteiligten Bevölkerungsgruppen stellt ein zentrales Handlungsfeld in der zukünftigen Entwicklung der Stadt und ihrer Stadtteile dar.

3. Einbettung in die Gesamtmaßnahme

Im Rahmen des ExWoSt-Forschungsfeldes „Integration und Stadtteilpolitik“ des BMVBS/BBSR wurde eine gesamtstädtische Integrationsstrategie entworfen, die spezifisch die Belange der Stadtteile Eppinghofen und Styrum berücksichtigt. Dementsprechend werden die gebietsbezogenen Vorhaben der Sozialen Stadt mit strategischen Ansätzen auf gesamtstädtischer Ebene verknüpft und zugleich wird in der gesamtstädtischen sozialen Integrationsstrategie ressortübergreifend ein quartiers- und gebietsbezogener Ansatz etabliert. Zentrales Element der Integrationsstrategie stellt der im Vorhaben

erarbeitete „Aktionsplan für soziale Integration in Mülheim an der Ruhr“ dar. Die enthaltenen Handlungsempfehlungen sind eine wichtige Grundlage der Arbeit des Stadtteilbüros.

Im 2011 veröffentlichten integrierten Handlungskonzept für Eppinghofen („Integriertes Handlungskonzept. Mülheim – Eppinghofen 2012 - 2016“) wird wiederum Bezug auf die im Aktionsplan enthaltenen Pläne, Ziele und Vorhaben genommen und somit werden die beiden Planungsinstrumente miteinander verknüpft (vgl. Mülheimer Gesellschaft für soziale Stadtentwicklung mbH 2011: 88).

Abbildung: Intensive Arbeitsergebnisse eines Workshops im Rahmen des ExWoSt-Projekts

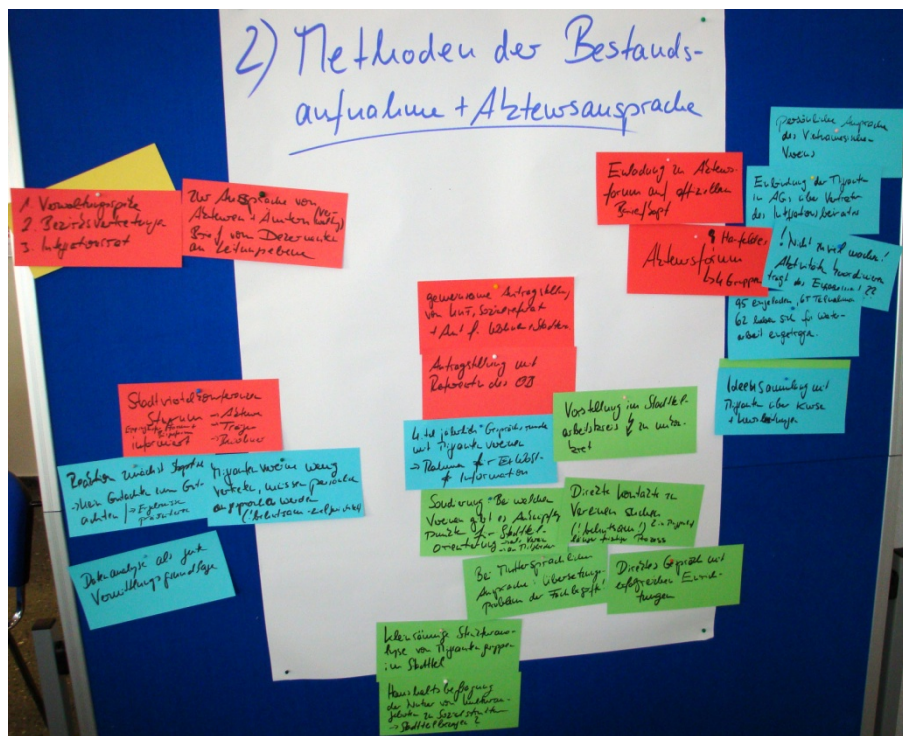


Foto: StadtRaumKonzept GmbH

4. Das Vorhaben und seine Ziele

In dem ab 2009 durchgeführten Vorhaben wurde – basierend auf einer umfassenden Grundlagenanalyse (Mayer/Polat 2008) – eine ressortübergreifende und sozialraumorientierte Handlungsstrategie zur Integration sozial benachteiligter Bewohner/innen in Mülheim an der Ruhr entwickelt. In diesem integrierten Konzept werden die integrationspolitischen Ziele der Stadt dargelegt und mit konkreten Maßnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern verknüpft. Ziele der Handlungsstrategie sind die Verbindung von integrations- und quartierspolitischen Zielen und die Etablierung von Integration als ressortübergreifende Verwaltungsaufgabe, die von der Verwaltungsebene als Querschnittsaufgabe stadtteilbezogen umgesetzt werden soll. Zu den Zielen der Handlungsstrategie zählen die Schaffung von Chancengleichheit, die Herstellung von Rahmenbedingungen für ein friedliches Zusammenleben, die Stabilisierung und Aufwertung der sozial benachteiligten Quartiere sowie die Verbesserung der Lebenschancen und Teilhabemöglichkeiten (vgl. Mayer/Polat 2008). Im Rahmen des Vorhabens wurde dabei der Integrationsbegriff relativ weit definiert: Integration wird in Mülheim als eine „Verbesserung der Teilhabe und Teilhabechancen Aller“ betrachtet, „unabhängig

davon ob ein Migrationshintergrund vorliegt“ (BMVBS 2012a: 37). Unter diesem weit gefassten Integrationsthema wurden folgende Handlungsfelder beleuchtet und integriert betrachtet:

- Stadtumbau/Stadtentwicklung,
- Gesundheit/Demografie/Sport,
- Bildung,
- Arbeitsmarktintegration,
- Kultur,
- Öffnung der Verwaltung/Monitoring.

Zentraler Akteur und Koordinator des Projektes ist die – beim Dezernat V „Bildung, Soziales, Jugend, Gesundheit, Sport und Kultur“ verortete – Koordinierungsstelle Integration. Sie steuert die integrationspolitischen Projekte der Stadt und übernimmt die Koordination sowie Durchführung von ressortübergreifenden Projekten. Zudem ist sie zentraler Ansprechpartner im Handlungsfeld und übernimmt die Kommunikation mit Akteuren in den Gebieten sowie zwischen den Akteuren unterschiedlicher Ressorts der Verwaltung.

Im ersten Projektjahr wurde eine breite Bestandsaufnahme durchgeführt und bestehende integrationspolitische Maßnahmen und Bedarfe erfasst. Auf Grundlage dieser Untersuchungen wurde dann in einem partizipativen Prozess, der sowohl Experten aus der Verwaltung wie aus den Stadtteilen eingebunden hat, der Entwurf eines Aktionsplans entwickelt. Dieser Entwurf wurde in der – zunächst für die Dauer der Umsetzung des ExWoSt-Modellvorhabens – auf Ebene der Dezernenten (Dezernat V „Bildung, Soziales, Jugend, Gesundheit, Sport und Kultur“ sowie Dezernat VI „Umwelt, Planen, Bauen“) unter Beteiligung weiterer Akteure, wie dem Stadtteilmanagement Eppinghofen als Vertreter und Multiplikator des Stadtteils eingerichteten, ressortübergreifenden Steuerungsgruppe vorgestellt.

Abbildung: Organigramm der Projektumsetzung in Mülheim an der Ruhr

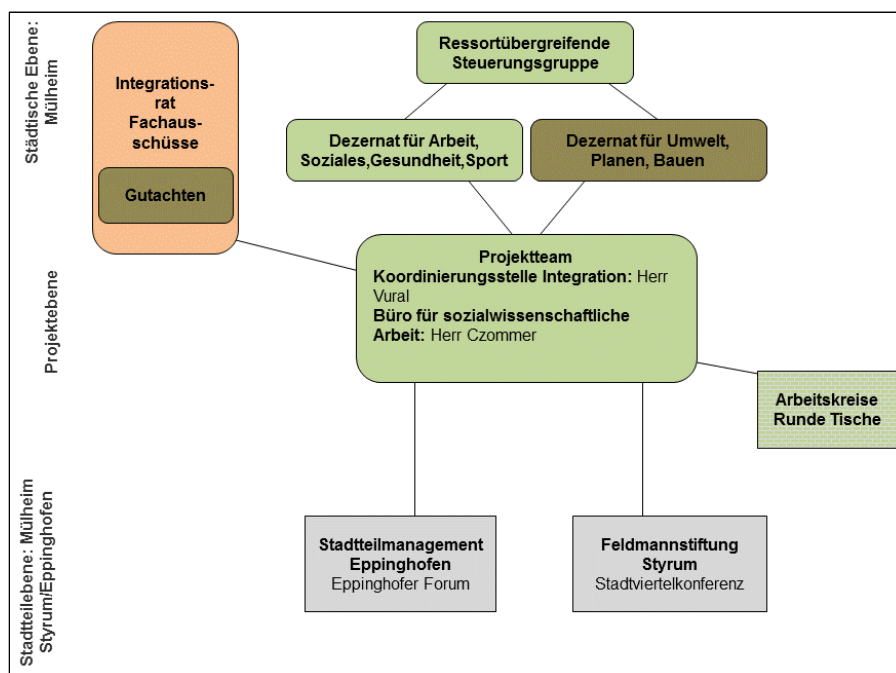


Foto: StadtRaumKonzept GmbH

Der verabschiedete Aktionsplan legt die Herausforderungen für die Integrations- und Stadterneuerungspolitik in den benachteiligten Stadtteilen dar und definiert zukünftige Handlungsfelder sowie konkrete Aktivitäten im Quartier. Er stellt ein verwaltungsinternes Instrument zur Abstimmung von Handlungen dar und ist die wichtigste Arbeitsgrundlage für die Koordinationsstelle Integration. Der Aktionsplan ist auf Fortschreibung angelegt und beinhaltet die oben stehenden Themenfelder der kommunalen Integrationspolitik.

In diesen sechs Handlungsfeldern wurden nach Verabschiedung des Aktionsplans sogenannte Starterprojekte umgesetzt, in denen stadtteilspezifische Handlungsfelder aufgegriffen wurden. Beispiele sind der Bau einer Dirtbike-Anlage im Handlungsfeld Sport oder ein Projekt zum Übergang Schule Beruf im Themenfeld Bildung (vgl. BMVBS 2011b: 13ff.). Laut einem Ansprechpartner aus der Stadtverwaltung ist der Begriff der Starterprojekte allerdings missverständlich, da diese Projekte sehr umfassend und zugleich erfolgreich waren. Zudem konnten die Maßnahmen langfristig in den Stadtteilen verankert werden.

Abbildung: Projektvorstellung in der ressortübergreifenden Steuerungsrunde für das ExWoSt-Projekt



Foto: StadtRaumKonzept GmbH

5. Umsetzungsstand und Ausblick

Im Zuge des Projektes – dies wurde auch von einem Interviewpartner hervorgehoben – wurde ein intensiver Dialog zwischen den verschiedenen Ebenen der kommunalen Stadtverwaltung, dem Quartiersmanagement sowie den Bildungspartnerschaften in den Quartieren und der Koordinationsstelle Integration als Mittler angestoßen. Durch diesen Dialog – der auch nach der Laufzeit des ExWoSt-Modellvorhabens weitergeführt wird – konnten die Ziele der integrierten Quartiersentwicklung mit denjenigen des Aktionsplans Integration abgestimmt und so Doppelstrukturen vermieden werden (vgl. BMVBS 2011b: 35). Damit ist im Projekt ein integrationspolitischer Handlungsrahmen geschaffen worden, der bei Maßnahmen der Stadterneuerung berücksichtigt werden kann und der eine gesamtstädtische Relevanz hat. So wird im „Integrierten Handlungskonzept von Eppinghofen

2012-2016“ Bezug auf den geschaffenen Integrationsplan genommen und die Ziele bzw. Vorhaben miteinander abgeglichen.

Nach Einschätzung eines Gesprächspartners der Stadtverwaltung besteht zudem ein positiver Nebeneffekt des Projektes in den neu entstandenen vielfältigen Vernetzungen. Diese betreffen beispielsweise Ämter innerhalb der Stadtverwaltung, wo das Sozial- und Baudezernat im Zuge des Projektes eng zusammengearbeitet haben und die Mitarbeiter sich gegenseitig kennenlernen konnten. Die entstandenen persönlichen Kontakte und das aufgebaute Vertrauen wirken sich auf Dauer positiv aus. So werden weiterhin gemeinsame Initiativen und Projekte entwickelt und damit die positiven Effekte fortgesetzt. Daneben sind auch viele Kontakte zwischen der Stadtverwaltung und Akteuren auf der Quartiersebene wie Vereinen oder Initiativen entstanden, auf die in der zukünftigen Verwaltungsarbeit aufgebaut werden kann.

Ein deutlicher Erfolg des Vorhabens ist laut einem Mitarbeiter der Stadtverwaltung das veränderte Bewusstsein – insbesondere in der Verwaltung – für die Bedeutung von gebietsbezogenen Maßnahmen. Ein gebietsbezogener Ansatz wird von vielen Akteuren nun als wichtig sowie zielführend erachtet und die soziale Integration hat sich als Querschnittsthema etabliert.

Zudem konnte in der Folge des Projektes ein größeres Bewusstsein über Bedarfe in den Quartieren entwickelt und als Basis für die Entwicklung neuer Projektideen genutzt werden. So erarbeitet die Koordinierungsstelle Integration derzeit ein neues Angebot speziell für ältere Migranten im Quartier.

Dementsprechend lässt sich festhalten, dass beide Projektziele erreicht werden konnten. Einerseits wurde die soziale Integration und Teilhabe als wichtiges Querschnittsthema in der Stadt Mülheim an der Ruhr etabliert und in verschiedenen Ressorts werden nun integrationspolitische Ziele bei der täglichen Arbeit mitbedacht. Andererseits werden die Maßnahmen gebietsspezifisch und mit dem Wissen über lokale Besonderheiten – dies speziell in den Gebieten der Sozialen Stadt – durchgeführt. Insgesamt konnte der integrierte Ansatz eines ressortübergreifenden Verwaltungshandelns in Mülheim implementiert werden.

6. Erfolgsfaktoren/Ratschläge zur Übertragbarkeit

Als Erfolgsvoraussetzung der Koordinierungsstelle nennt der Ansprechpartner – ähnlich wie im Projektbeispiel aus Ludwigsburg – die kurzen Wege zur Verwaltungsspitze. Nur so könne die Koordinierungsfunktion über verschiedene Ressorts und die Quartiere hinweg in der Verwaltung wahrgenommen werden. Mit der Einrichtung der ressortübergreifenden Steuerungsrunde auf Ebene der Dezernenten wurden diese kurzen Wege zur Entscheidungsebene möglich. Als Vorteil wird zudem die direkte Verortung der Koordinierungsstelle Integration beim Sozialdezernent betrachtet.

Quellen

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.) (2012a): Integration und Stadtteilpolitik. Abschlussbericht des ExWoSt-Forschungsfeldes. BMVBS-Online-Publikation 28. URL: www.bbsr.bund.de/cIn_032/nn_23550/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/ExWoSt/40/exwost40__1,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/exwost40_1.pdf (Stand 5/2013)

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.) (2012b): Stadtteilkonzepte für Integration. Handreichung für die kommunale Praxis. URL: <http://www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Anlage/StadtUnd>

-
- Land/stadtteilkonzepte-fuer-integration.pdf?__blob=publicationFile (Stand 5/2013)
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.) (2011a): ExWoSt-Forschungsfeld Integration und Stadtteilpolitik. Mülheim an der Ruhr: Entwicklung einer integrierten und sozialraumorientierten Handlungsstrategie für Integration. Poster.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.) (2011b): Integration und Stadtteilpolitik. Ein ExWoSt-Forschungsfeld. Berlin. ExWoSt-Informationen. 40/1.
- Ernst, Ulrich (2012): Integration vor Ort in der Praxis: Mülheim an der Ruhr. In: Bundestransferstelle Soziale Stadt (Hrsg.): Fachkongress: Integration vor Ort – Eine Herausforderung für die soziale Stadtentwicklungspolitik. 13. Dezember 2011. Dokumentation. URL: http://www.staedtebaufoerderung.info/cIn_030/nn_1189812/SharedDocs/Publikationen/StBauf/SozialeStadt/dokumentation-fachkongress-integration-vor-ort,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/dokumentation-fachkongress-integration-vor-ort.pdf
- Mayer, Hans-Norbert und Ayça Polat (2008): Sozialräumliche Integration in Mülheim an der Ruhr – Empfehlungen für eine Handlungsstrategie. Gutachten im Auftrag der Stadt Mülheim an der Ruhr. Oldenburg. URL: http://www.muelheim-ruhr.de/cms/shared/datei_download.php?uid=74ecc7c309abb4b2c236e9315b3fc0c3 (Stand 5/2013)
- Mülheimer Gesellschaft für soziale Stadtentwicklung mbH (Hrsg.) (2011): Integriertes Handlungskonzept Mülheim - Eppinghofen 2012 – 2016. Mülheim. URL: www.muelheim-ruhr.de/cms/shared/datei_download.php?uid=4cbb153da11f4a80fd3dacbcc821812d (Stand 5/2013)

Berlin – Wrangelkiez

„Imece“ **Gemeinschaftsarbeiten mit vereinten Kräften** – Beteiligung und Aktivierung türkischsprachiger Bewohner/innen im Berliner Wrangelkiez.

Themenfeld: Aktivierung und Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern, insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund.

Bundesland	Berlin
Stadt	Berlin
Gebiet	Wrangelkiez
Projekträger	Quartiersmanagement Wrangelkiez
Ansprechpartner	Quartiersmanagement Wrangelkiez Frau Emine Başaran Schlesische Straße 12 10997 Berlin Tel. 030 695 157 24 E-Mail: qm.wrangelkiez@berlin.de Internet: www.quartiersmanagement-wrangelkiez.de
Projektzeitraum	2003 – 2006
Finanzierung	Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt
Projektwebsite	Ausführliche Broschüre über Imece zum Download unter: http://www.quartiersmanagement-berlin.de/uploads/media/Imece.pdf

1. Gebietscharakter

Der Wrangelkiez ist ein gründerzeitliches, innerstädtisches Altbauquartier am Ostrand des Berliner Stadtteils Kreuzberg. Das Gebiet wird im Nordosten von der Spree, im Südosten vom Landwehrkanal, im Süden durch den Görlitzer Park – der nicht mehr zum Gebiet gehört aber einen wesentlichen Bezugspunkt darstellt – und im Norden durch die Skalitzer Straße begrenzt. Im Rahmen der Stadterneuerungsprogramme in den 1970er und 1980er Jahren wurden die Wohnungen zum großen Teil an den heutigen Wohnstandard angepasst. Frei- und Spielflächen wurden geschaffen und die Wohnstraßen verkehrsberuhigt. Nach dem Fall der Mauer ist das Quartier aus der Randlage direkt an der Grenze ins Zentrum der Stadt gerückt und so einem erheblichen Durchgangsverkehr ausgesetzt. Die Nahversorgung mit Gütern für den täglichen Bedarf ist gut und der Stadtteil besitzt zahlreiche soziale und kulturelle Infrastruktureinrichtungen.

Im Gebiet leben circa 12.300 Bewohner/innen. Der Altersdurchschnitt ist im gesamtstädtischen Vergleich niedrig. 16 Prozent der Bewohner/innen sind Jugendliche unter 18 Jahren. Der Anteil der

nichtdeutschen Bevölkerung ist mit 35,8 Prozent in Relation zum Kreuzberger (31,6 Prozent) und Berliner (13,6 Prozent) Durchschnitt hoch. 27,5 Prozent der Bewohner/innen stammen aus Nicht-EU-Staaten. 22,7 Prozent der Quartiersbevölkerung besitzt die türkische Staatsangehörigkeit. Nicht erfasst ist der Anteil an Migrant/innen im Stadtteil, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2006: 6).

Abbildung: *Straßenansicht im Programmgebiet Wrangelkiez*



Foto: Thomas Franke

2. Problemstellung und Anlass

Ein großer Anteil der Quartiersbevölkerung ist türkischstämmig. Dennoch war festzustellen, dass diese Bewohner/innen kaum erreicht werden und in klassischen Verfahren, beispielsweise in Bürgerversammlungen, unterrepräsentiert sind. Dies ist eine generelle Herausforderung bei Beteiligungsverfahren und betrifft nicht singular den Wrangelkiez, sondern trifft auf viele Stadtteile zu. Speziell auf diese Bevölkerungsgruppe ausgerichtete Beteiligungsverfahren gab es im Gebiet vor der Projektdurchführung nicht. Es wurde deutlich, dass differenzierte Formen und Methoden der Beteiligung für die Migrant/innen im Stadtteil notwendig sind und die kulturellen und sozialen Hintergründe der Bewohner/innen berücksichtigt werden sollten. Aus diesem Grund wurde partizipativ und iterativ ein Aktivierungs- und Beteiligungsverfahren entwickelt und umgesetzt, das sich speziell an die türkischstämmige Bewohnerschaft richtet. Deutlich wurde in der Quartiersarbeit, dass die Mitwirkung von türkischsprachigen Bewohner/innen bei ganz gezielten Aktionen viel größer ist und hierin ein Potenzial für die Aktivierung liegt.

3. Einbettung in die Gesamtmaßnahme

Im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt hatten im Wrangelkiez die Handlungsfelder Aktivierung und Beteiligung sowie Integration von Migrant/innen seit Förderbeginn 1999 eine zentrale Bedeutung für die Programmumsetzung. Auf Grund des hohen Anteils an Migrant/innen im Gebiet und ihrer traditionell schweren Erreichbarkeit, wurden diese bereits mit Erstellung des ersten integrierten Handlungskonzeptes als relevante Bevölkerungsgruppe für die Quartier-

sentwicklung identifiziert. Vor diesem Hintergrund wurde das Projekt Imece entwickelt, das Bestandteil des fortentwickelten integrierten Handlungskonzeptes ist. Der Begriff Imece kommt aus dem Türkischen und bezieht sich auf die in türkischen Dörfern üblichen „Gemeinschaftsarbeiten mit vereinten Kräften“. Imece ist dabei keine Einzelmaßnahme, sondern ein breit angelegtes Beteiligungskonzept und -verfahren, in dessen Rahmen unterschiedliche Projekte und Maßnahmen unter vielfältigen Zielsetzungen durchgeführt wurden und in dem eine langfristige Verstetigung konzeptionell vorgedacht und eingeplant ist. So wird ein wesentlicher Beitrag für die Entwicklungsziele des Stadtteils und die Quartiersbewohner/innen insgesamt geleistet (vgl. Quartiersmanagement Wrangelkiez 2009: 18f. und Quartiersmanagement Wrangelkiez 2011: 22ff.).

Abbildung: Abgrenzung und Bepflanzung von Baumscheiben



Foto: Quartiersmanagement Wrangelkiez,

Die strategischen und inhaltlichen Projektziele des Beteiligungs- und Aktivierungsverfahrens sind vielfach miteinander verwoben. Erstens soll die Integration gestärkt und damit die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Zweitens soll das bürgerschaftliche Engagement und die Identifikation mit dem Quartier verstärkt werden. Drittens werden im Rahmen der im Partizipationsprozess durchgeführten Projekte aufgedeckte Defizite – beispielsweise im Wohnumfeld – im Sinne der Bewohner/innen behoben. Von den im Rahmen des Projektes durchgeführten Verbesserungen profitieren schließlich nicht nur die türkischsprachigen Bewohner/innen, sondern die gesamte Quartiersbevölkerung.

4. Das Vorhaben und seine Ziele

Das entwickelte Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren Imece dient der Verbesserung der nachbarschaftlichen Kontakte und soll zum eigenen Beitrag im Stadtteil ermutigen sowie diesen ermöglichen. Im türkischen Kulturkreis sind die persönliche Ansprache und spontane informelle Gesprächstreffen üblicher als formalisierte und groß angelegte Beteiligungsverfahren. Dieses Wissen wurde im Projekt für eine gezielte Ansprache und Aktivierung genutzt. (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2006: 7).

Abbildung: Gestaltung der Hauswände an Spielplätzen



Foto: Quartiersmanagement Wrangelkiez,

Das Vorhaben wurde in Form von drei aufeinander folgenden Phasen umgesetzt:

1. Kontaktaufnahme durch aktivierende Befragung im öffentlichen Raum (muttersprachliche Interviewer),
2. Durchführung von Mikroprojekten (Feste etc.),
3. Verstetigung und Einbindung der Bewohner/innen in umfassende Beteiligungsstrukturen.

In den einzelnen Phasen stieg der Grad der Beteiligung sukzessive an und die Bewohner/innen wurden so schrittweise verstärkt eingebunden. In der aktivierenden Befragung wurde bei den Bewohner/innen das Interesse für das Projekt geweckt und sie konnten ihre eigenen Vorstellungen sowie ihre Projektideen und Problemwahrnehmungen einbringen. Nach dieser persönlichen Kontaktaufnahme wurden gemeinsam kleine und schnell realisierbare Mikroprojekte durchgeführt, bei-

spielsweise Baumscheibenbepflanzungen vorgenommen oder Parkbänke aufgestellt. Erst dann begann eine Einbindung in breiter angelegte Beteiligungsstrukturen. So wurde den Wünschen nach Treffpunkten beispielsweise in Form eines Elterncafés oder Frauenkommunikationstreffs nachgegangen. Zugleich wurden gewünschte Qualifizierungsformate geschaffen. In einem Medienkompetenzkurs konnten Computerkenntnisse erworben werden. In zwei Kindertagesstätten wurden vormittags auf Wunsch einiger Mütter Deutschkurse angeboten. Aus dieser Initiative entwickelte sich wiederum auf Wunsch einiger Teilnehmer/innen ein Gesprächskreis zum gegenseitigen Austausch über Erziehungsfragen (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2006: 8-14).

5. Umsetzungsstand und Ausblick

Das Beteiligungsverfahren hat türkischsprachige Bewohner/innen schrittweise so angesprochen und erreicht, dass sie zunächst aktiviert und gestärkt wurden und ihnen daraufhin Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eröffnet wurden. Mit dem Elterncafé und dem Frauenkommunikationstreff sind Angebote entstanden, die insbesondere die Beteiligung und Integration von türkischen Frauen unterstützen. Verschiedene gewünschte Qualifizierungsangebote hatten das Ziel, sich gegenseitig auszutauschen und zu beraten und die Beteiligten als Multiplikator/innen auszubilden. So sollte das Wissen über Möglichkeiten der Teilnahme an Aktivitäten im Stadtteil und die Kenntnis deutscher Bildungseinrichtungen verbessert werden (vgl. Quartiersmanagement Wrangelkiez 2009: 18).

Abbildung: Familienfest im Nachbarschaftshaus



Foto: Quartiersmanagement Wrangelkiez,

Seit Abschluss des Projekts lassen sich deutliche Erfolge feststellen. Insbesondere das Multiplikatorenkonzept ist erfolgreich. Die Beteiligten wirken als Multiplikator/innen in ihrer Gemeinschaft und geben erworbenes Wissen und Kompetenzen weiter. Einige Teilnehmende konnten langfristig aktiviert werden. So sind Teilnehmer/innen von Imece nun Mitglieder im Quartiersbeirat und engagieren sich langfristig im Gebiet. Zudem fungieren die gewonnenen Kontakte als feste Ansprechpart-

ner/innen, die anlassbezogen aktiviert werden können, um das Engagement sowie das entstandene Vertrauen weiter auszubauen und die Integration in die bestehenden Strukturen längerfristig zu gewährleisten. Aktuell geschieht dies im Rahmen des Neubaus einer Moschee. Hier werden die Teilnehmerinnen des Frauenkommunikationstreffs angesprochen und eingebunden.

Viele der im Rahmen des Projekts entstandenen Aktivitäten konnten weitergeführt werden. Der eingerichtete Kommunikationstreff und die Elternarbeit für Frauen finden weiterhin statt. Auch die Elternarbeit an Schulen wird weitergeführt. Deutschkurse werden als Elternkurse an der Volkshochschule angeboten und die Medienkompetenzkurse haben sich bewährt. Die Identifikation mit dem Quartier konnte bei den Teilnehmenden deutlich gesteigert werden. Zudem konnte bei den Beteiligten das Gefühl der Selbstwirksamkeit erhöht werden. Das Engagement der Bewohner/innen ist – ebenso wie das Gefühl im Stadtteil gemeinsam etwas bewirken zu können – gewachsen. Dieser „empowerment“-Effekt ist deutlich spürbar. Um die Effekte nachhaltig zu verstetigen, wurde weitere Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet, regelmäßige Begegnung mit Nachbarn, der Verwaltung und Politik ermöglicht und in der Folge spürbare und wirksame Maßnahmen realisiert. Mittlerweile konnte das Nachbarschaftshaus CENTRUM als dauerhafter Ort für Engagement und gegenseitige Unterstützung etabliert werden.

Abbildung: *Elterngesprächskreis im Elterncafé*



Foto: Quartiersmanagement Wrangelkiez,

6. Erfolgsfaktoren/Ratschläge zur Übertragbarkeit

Deutlich wurde im Rahmen des Vorhabens, dass es durch eine individuelle, zielgruppenspezifische und kultursensible Ansprache der Bewohner/innen gelingen kann, auch Bevölkerungsgruppen in die Stadtentwicklung einzubeziehen, die als schwer erreichbar gelten (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2006: 14). Die Verzahnung bewährter Instrumente der Bürgerbeteiligung – wie beispielsweise „Aktivierende Befragungen“ – mit den Traditionen und den Erfahrungshintergründen der türkischsprachigen Bewohner/innen ist beispielhaft. Dadurch konnte ein höherer Grad der Beteili-

gung von Migrant/innen im Vergleich zu klassischen Beteiligungsverfahren erreicht werden (vgl. ASUM 2006: 6).

Fünf Grundsätze einer erfolgreichen Aktivierung und Beteiligung von Migrant/innen im Rahmen der Quartiersentwicklung können daraus abgeleitet werden (vgl. auch Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2006: 16):

- Die verantwortlichen Personen sollten aus dem entsprechenden Kulturkreis kommen, um die Ansprache und den persönlichen Kontakt zu erleichtern.
- Die Ideen der Beteiligten müssen ernst genommen werden und damit in offiziellen Dokumenten wiederzufinden sein.
- Die Bereitstellung von Fördermitteln ist wichtig, damit kleine Projekte sofort realisierbar sind und Vertrauen in die Wirkung der Beteiligung entsteht.
- Projektinhalte müssen an die sich permanent ergebenden Veränderungen angepasst werden.
- Für die Entwicklung nachhaltiger Kooperationsstrukturen scheint eine Anbindung an vorhandene Strukturen (Vereine, Verwaltung) sinnvoll zu sein.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass diese Grundsätze nicht nur für die Aktivierung und Beteiligung von Migrant/innen im Rahmen der Quartiersentwicklung Gültigkeit besitzen, sondern generell von Bedeutung in Partizipationsverfahren sind.

Quellen

ASUM (Hrsg.) (2006): „Imece“ Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren türkischsprachiger Bewohner/innen im Wrangelkiez. Berlin (URL: http://www.schader-stiftung.de/docs/060208_imece.pdf).

Quartiersmanagement Wrangelkiez (2009): 6. Fortschreibung Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2009 (mit Jahresbilanz 2008). Berlin.

Quartiersmanagement Wrangelkiez (2011): 9. Fortschreibung Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2012 (mit Jahresbilanz 2011). Berlin.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.) (2006): „Imece“ Gemeinschaftsarbeiten mit vereinten Kräften. Beteiligung und Aktivierung türkischsprachiger Bewohnerinnen und Bewohner im Quartiersmanagementgebiet Wrangelkiez. Berlin.

Dillingen – Innenstadt, Leipziger Ring, Lokschuppen und Papiermühle

Jugendfonds „Jugend bewegt Stadt“

Themenfeld: Aktivierung und Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern, insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund.

Bundesland	Saarland
Stadt	Dillingen
Gebiet	Innenstadt, Leipziger Ring, Lokschuppen und Papiermühle
Projektträger	Stadt Dillingen, Stadtplanungsamt
Ansprechpartner	Stadt Dillingen/Saar Stadtplanung Sabine Kremer-Wolz Merziger Straße 51 66763 Dillingen/Saar Tel. 06831 709-253 E-Mail: sabine.kremer-wolz@dillingen-saar.de
Projektzeitraum	Fertigstellung Frühjahr 2011
Beteiligte	Amt für Jugend, Soziales und Senioren
Finanzierung	ExWoSt-Forschungsfeld „Jugendliche im Stadtquartier“ des BMVBS

1. Gebietscharakter

Das Dillinger Soziale-Stadt-Gebiet „Innenstadt, Leipziger Ring, Lokschuppen und Papiermühle“ besteht aus vier (gleichnamigen) Teilbereichen, die durch den Verlauf der Bundesstraße B 51 und der Bahnlinie miteinander verbunden sind. Dadurch ergibt sich ein vergleichsweise schmales und langgestrecktes, s-förmiges Programmgebiet, das sich von Nord nach Süd über die Stadt erstreckt.

Im Gebiet wohnen ungefähr 9.500 Menschen. Die einzelnen Gebietsteile sind durch unterschiedliche Problemlagen charakterisiert. So sind die von einer überwiegenen Wohnnutzung geprägten Teile „Leipziger Ring“ und „Papiermühle“ durch eine zunehmende demographische Verschiebung bis hin zu einer Überalterung sowie einen hohen Anteil an Transfermittelempfänger/innen und – damit einhergehend – einem generellen Mangel an Perspektiven für die Bevölkerung gekennzeichnet. Der Gebietsbereich „Innenstadt“ ist ebenfalls durch einen hohen Anteil an sozial schwachen Familien und Bewohner/innen mit ausländischer Staatsbürgerschaft geprägt – in einzelnen Straßenzügen beträgt der Anteil an Migranten/innen rund 50 Prozent. Beim Teilgebiet „Lokschuppen“ handelt es sich um eine ehemals für Gleisanlagen genutzte Brachfläche, die ein städtebauliches Defizit

darstellt und hohe Umweltschäden aufweist. Die ehemalige Bahnfläche wird in der Stadt Dillingen aber auch als entscheidendes Entwicklungspotenzial betrachtet (vgl. Stadt Dillingen 2007: 3).

2. Problemstellung und Anlass

Anlass für das durchgeführte Verfahren war eine mangelnde Beteiligung von Jugendlichen an bestehenden Beteiligungsverfahren im Stadtteil und die generelle Schwierigkeit, Jugendliche für die Belange im Stadtteil zu interessieren – dies vor dem Hintergrund, dass viele Themen der Stadtentwicklung Jugendlichen nicht relevant für ihre Lebenswelt erscheinen. Im Themenfeld Bewegung und Sport wurde eine Chance gesehen, junge Menschen stärker in Prozesse der Stadtentwicklung einzubinden, da gerade dieses Handlungsfeld eine große Relevanz für Jugendliche besitzt und explizit neue Angebote für diese Altersgruppe geschaffen werden sollten. Insbesondere solchen Jugendlichen, die nicht in Sportvereinen organisiert waren, sollte Raum und Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb der Stadt geboten werden, um eigene Bedürfnisse einzubringen und eigene Vorschläge umzusetzen. Dadurch sollten einerseits die Jugendlichen aktiviert werden, um so die Potenziale des eigenen Engagements und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten zu erkennen, andererseits ging es darum, im Rahmen einer zügigen Umsetzung neue Angebote für die Jugendlichen zu schaffen.

Abbildung: Jugendliche planen und beschaffen die für ihren Projektvorschlag benötigten Materialien



Foto: Stadt Dillingen/Saar

3. Einbettung in die Gesamtmaßnahme

Die Stadt Dillingen setzt das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt im Gebiet „Innenstadt, Leipziger Ring, Lokschuppen und Papiermühle“ seit dem Jahr 2000 um. Dabei kam dem Handlungsfeld Aktivierung und Beteiligung ein hoher Stellenwert zu. Das als Modellprojekt im ExWoSt-Forschungsfeld „Jugendliche im Stadtquartier“ in den Jahren 2010 und 2011 durchgeführte Vorhaben des Jugendfonds ist im zu Beginn der Gesamtmaßnahme erstellten integrierten Handlungskonzept noch nicht als Maßnahme vorgesehen. Dennoch handelt es sich um eine Maßnahme, die sich in die Themenfelder und Ziele des Handlungskonzepts einfügt (vgl. auch Stadt Dillingen 2010: 4, 36).

4. Das Vorhaben und seine Ziele

Ziel des Vorhabens war es, Jugendliche in stärkerem Maße als bisher für eine aktive Beteiligung an der Stadtentwicklung zu gewinnen und ihnen zu vermitteln, dass Eigenengagement und Beteiligung möglich und erwünscht sind, ihre Vorschläge und Ideen wichtig sind und seitens der Stadt ernst genommen werden. Insbesondere im Themenfeld Sport und Bewegung wurde ein wesentliches Aktivierungspotenzial erkannt und die Beteiligungsschwelle für Jugendliche als niedrig eingeschätzt. Vor diesem Hintergrund wurde ein Verfügungsfonds für junge Bewohner/innen des Stadtteils eingerichtet. Jugendliche konnten im Rahmen der Finanzierung durch den Fonds eigene Projekte im Handlungsfeld Sport und Bewegung anstoßen und umsetzen (vgl. Kremer-Wolz 2011: 3f.).

Abbildung: Im Rahmen des Jugendfonds von Jugendlichen initiiertes Inlineskate-Parcours



Foto: Stadt Dillingen/Saar

Die Jugendlichen wurden dabei durch die Stadtverwaltung Dillingen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verschiedener Einrichtungen (Jugendhäuser, Kulturamt, Bibliothek, Vereine, Schulen) als Multiplikatoren auf mehreren Ebenen angesprochen: So wurden in den Schulen des Quartiers über

die Initiative informiert sowie Internet- und Pressearbeit betrieben. Daneben verbreitete sich die Initiative auch durch Mund-zu-Mund-Propaganda zwischen den Jugendlichen selbst. Insgesamt konnten mit Hilfe des Jugendfonds neun Projektideen von Jugendlichen für unterschiedliche Nutzungen umgesetzt werden. So wurden beispielsweise eher klassische stationäre Ausstattungen wie Tischtennisplatten oder Basketballkörbe innerhalb des Stadtteils geschaffen. Es wurden aber auch Infrastrukturen für aktuelle Trendsportarten wie Beachsoccer oder die unten beschriebene Dirtbike-Anlage eingerichtet.

Insbesondere die Aktivierung und Beteiligung von Jugendlichen aus bildungsfernen und sozial schwachen Familien sowie von solchen Jugendlichen, die nicht in Vereinen organisiert sind, war eine Herausforderung. Bei der Durchführung des Projektes wurde deutlich, dass insbesondere die erste Gruppe zur Aktivierung einer direkten Ansprache und im weiteren Projektverlauf einer intensiven Betreuung bedurften, um ihre Motivation dauerhaft zu stimulieren und damit sie im Projektverlauf weiterhin engagiert blieben. Deutlich leichter waren Jugendliche mit einem höheren Bildungsstand zu aktivieren. In dieser Gruppe waren Motivation und Eigenverantwortung wesentlich höher, die Organisation und Kommunikation sowie die gemeinsame Konkretisierung und Realisierung von Projektvorschlägen geschah zu einem großen Teil eigenverantwortlich.

Da nur eine vergleichsweise geringere Zahl an Projekten von den Jugendlichen vorgeschlagen wurde, erübrigte sich ein formales Auswahlverfahren und alle beantragten Ideen konnten – sofern umsetzbar – aus Mitteln des ExWoSt-Modellvorhabens auch durchgeführt werden. Die Prüfung der Durchführbarkeit (unter anderem bau- und nachbarschutzrechtliche Fragen) erfolgte durch die Stadtverwaltung (vgl. Kremer-Wolz 2011: 18). Bei der Projektumsetzung wurden die Projekte von zwei Jugendpflegern des Jugendamts unterstützt. Diese Unterstützung bestand beispielsweise in Beratung bei der Antragsstellung, der Unterstützung bei Recherche und Kauf benötigter Materialien und der finanziellen Verwaltung – sprich der Ausgabe des Geldes an die Jugendlichen und dem Sammeln der Rechnungen. Bei der technischen Umsetzung baulicher Projekte wurden die einzelnen Initiativen auch durch das Stadtplanungsamt unterstützt.

Von den neun von Jugendlichen im Handlungsfeld Sport und Bewegung realisierten Mikroprojekten kann insbesondere der Bikepark aufgrund eines großen Engagements der Beteiligten und einer hohen Nutzernachfrage als „Leuchtturmprojekt“ (BMVBS 2012: 72) bezeichnet werden. Jugendliche Mountainbiker hatten die Idee zu einer Mountainbike- bzw. „Dirtbike“-Anlage und fanden schnell weitere jugendliche Unterstützer. Der Standort der Anlage – ein städtisches Grundstück in einem Gewerbegebiet – liegt nicht im Programmgebiet der Sozialen Stadt, jedoch am Rand, und ist gut von Jugendlichen aus der gesamten Stadt erreichbar. Planung und Bau der Anlage wurden zum Großteil von den Jugendlichen selbst übernommen. Seitens der Stadt wurden sie mit Know-how und beim Bau unterstützt. Für den Betrieb der Anlage gründeten die Jugendlichen im Projektverlauf – nach einem intensiven Erfahrungsaustausch mit ähnlichen Initiativen anderer Städte – den Verein ATF All Terrain Friends Dillingen e.V. Die Stadt konnte dem Verein das Nutzungsrecht für das städtische Grundstück zu einem symbolischen Pachtbetrag zur Verfügung stellen. Durch den gemeinnützigen Verein ist es den Jugendlichen nun auch möglich, Spenden zu sammeln, Sponsoren zu finden oder Zuschüsse zu beantragen und somit die Finanzierung selbst zu übernehmen (vgl. BMVBS 2012: 72f.).

5. Umsetzungsstand und Ausblick

Die Projektumsetzung war für die Stadt Dillingen innovativ und wurde im Verlauf des Vorhabens iterativ weiterentwickelt. Ausschreibung, Durchführung und Unterstützung der Projekte erforderten neuartige Verfahrensansätze. Hierfür mussten Stadtplanungsamt und Jugendamt – in einer bis dahin noch nicht erprobten Form – kooperativ und eng kommunizieren und zusammenarbeiten. Während das Stadtplanungsamt die Gesamtkoordination, die Abrechnung und die Projektbewilligung sowie die Überprüfung der Umsetzungsfähigkeit einzelner Vorschläge übernahm, betreute das Jugendamt die Ansprache der Jugendlichen und die organisatorische Projektbegleitung.

Abbildung: Jugendliche aus dem Programmgebiet in Dillingen bauen am „Dirtpark“



Foto: Fotografie Thomas Seeber, Saarlouis

Im Rahmen des Vorhabens „Jugendfonds“ konnte die Infrastruktur im Programmgebiet durch einige Sportanlagen (Tischtennisplatten, Basketballkörbe und weitere) verbessert werden. Eine Verstetigung ist zudem hinsichtlich der entstandenen Initiativen feststellbar. Der von den Jugendlichen gegründete Verein kümmert sich weiterhin um Betrieb, Instandhaltung und Weiterbau der Dirtbike-Anlage und sichert somit das – mittlerweile stark genutzte – Angebot langfristig. Die beteiligten Jugendlichen wurden langfristig aktiviert, eigene Gestaltungsspielräume erschlossen und die Zusammenarbeit institutionalisiert. Dennoch sind nicht alle Initiativen nachhaltig weitergeführt worden. Einzelne Projekte hatten einen eher kurzfristigen Charakter (z.B. viertägiges Fußballprojekt mit dem VfB Dillingen) und wurden nur einmalig durchgeführt. Zudem hat sich gezeigt, dass es schwer ist, Jugendliche aus bildungsfernen Familien langfristig einzubinden und aktiv zu integrieren.

Ursprünglich hatte die Stadt beabsichtigt, den Jugendfonds nach Auslaufen des aus ExWoSt-Mitteln finanzierten Modellvorhabens mit einem Jahresbudget von rund 10.000 Euro bis zum Jahr 2013 aus kommunalen Mitteln des Jugendamtes fortzuführen. Resultierend aus den Sparzwängen innerhalb des kommunalen Haushalts konnten in den Folgejahren aber leider keine Mittel für den Jugendfonds zur Verfügung gestellt werden.

Abbildung: Logo des Vereins ATF All Terrain Friends Dillingen e.V.



Quelle: ATF Dillingen e.V.

6. Erfolgsfaktoren/Ratschläge zur Übertragbarkeit

In Dillingen wurden mit Einrichtung des Jugendfonds sehr positive Erfahrungen gemacht und es ist gelungen, Jugendliche stärker an der Gestaltung ihrer städtischen Lebensbereiche aktiv zu beteiligen. Eine wichtige Erfolgsvoraussetzung war dafür die auf Ebene der Stadtverwaltung neuartige und enge Kooperation zwischen den beteiligten Ressorts. Es wurde deutlich, dass das integrierte Vorgehen unter gemeinsamen Zielen gut funktionieren kann und die Kompetenzbündelung der beiden Ressorts zielführend ist. Neben dieser engen Kooperation war der politische Rückhalt in den Gremien der Stadt Dillingen eine Erfolgsvoraussetzung, um entsprechende gemeinsame Ziele entwickeln zu können und Projektvorschläge zügig umzusetzen. Ein weiterer wesentlicher Faktor für den Projekterfolg war die gute Kommunikation zwischen den Mitarbeiter/innen der Jugendpflege und den Jugendlichen – wie erwähnt, bedurften die Jugendlichen teilweise einer gezielten Ansprache und intensiven Betreuung. Insbesondere in der Gründung des Vereins All Terrain Friends Dillingen e. V. aber auch in den anderen Projekten wurde deutlich, dass die jungen Menschen eine große Bereitschaft zur Mitwirkung und -gestaltung haben und sich mit großem Engagement beteiligen und Verantwortung übernehmen wollen. Gleichwohl bedarf die Aktivierung von Jugendlichen in den Gruppen unter 14 Jahren, aus bildungsfernen Familien und mit Migrationshintergrund besonderer Anstrengung und Aufmerksamkeit.

Zusammenfassend sind aus Sicht der Stadt Dillingen folgende Voraussetzungen für die Einrichtung von Jugendfonds von zentraler Bedeutung:

- Bereitstellung eines festen Budgets für einen festen Zeitraum (z.B. ein Jahr),
- freie Verfügung über den Fonds (im Rahmen des Haushalts- und Vergaberechtes) durch eine Lenkungsgruppe,
- Definition von Vergabekriterien durch den Jugendrat,

- Entscheidung auf Grundlage der Vergabekriterien durch die Lenkungsrunde im (halb-) jährlichen Rhythmus,
- regelmäßiger Bericht über die Mittelverwendung gegenüber den lokalpolitischen Gremien (vgl. Kremer-Wolz 2011: 27).

Abbildung: Jugendliche aller Altersstufen nutzen den „Dirtpark“



Foto: Fotografie Thomas Seeber, Saarlouis

Quellen

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.) (2012): Jugendfonds als Instrument der Stadtentwicklung. Berlin.

Kremer-Wolz, Sabine (2011): Endbericht Modellstadt. Dillingen/Saar. Dillingen.

Stadt Dillingen Saar (Hrsg.) (2010): Integriertes Entwicklungskonzept für das Programmgebiet „Dillingen-Innenstadt“. Fortschreibung 2010. Dillingen.

Stadt Dillingen Saar (Hrsg.) (2007): „Soziale Stadt“ Kurzbericht der Stadt Dillingen. Unter: http://www.kommunales-netzwerk-saar.de/miscdb/kurzbericht_soziale_stadt_dillingen.pdf

Dokumentation des Projektes unter: http://www.bbsr.bund.de/nn_336266/BBSR/DE/FP/ExWoSt/Forschungsfelder/2009/JugendlichemStadtquartier/Modellstaedte/Dillingen.html?__nnn=true (Stand: 05/2013).

Gundelsheim – Ortskern Gundelsheim

Generationen finden Raum

Themenfeld: Verbesserung kinder-, familien- und altengerechter bzw. weiterer sozialer Infrastrukturen.

Bundesland	Bayern
Stadt	Gundelsheim
Gebiet	Ortskern Gundelsheim
Projektträger	Gemeinde Gundelsheim
Ansprechpartner	Generationenbüro Gundelsheim Julia Zinnow Quartiersmanagerin Tel. 0951 407 393 23 Fax 0951 407 393 24 E-Mail: qm@gemeinde-gundelsheim.de Internet: http://www.gemeinde-gundelsheim.de/soziale-stadt/generationenbuero.html
Projektzeitraum	2009 bis 2013 (Eröffnung des Generationenparks August 2013)
Finanzierung	Mittel des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt
Projektwebsite	http://www.gemeinde-gundelsheim.de/soziale-stadt/generationen-finden-raum.html

1. Gebietscharakter

Gundelsheim ist eine oberfränkische Gemeinde im Landkreis Bamberg im Norden des Freistaats Bayern und im direkten Norden der Stadt Bamberg. Das Soziale-Stadt-Gebiet liegt im südlichen Teil des Gundelsheimer Ortskerns und umfasst rund ein Viertel der bebauten Siedlungsfläche der Gemeinde.

Die Gemeinde hat insgesamt rund 3.300 Einwohner und ist seit den 1970er Jahren als attraktiver Wohnstandort in geringer Entfernung zur Stadt Bamberg schnell gewachsen. So hat sich die Einwohnerzahl der Gemeinde seit den 1970er Jahren bis Ende der 1990er Jahre mehr als verdoppelt. Im letzten Jahrzehnt ist die Bevölkerungszahl recht stabil und unterliegt auf diesem hohen Niveau nur leichten Schwankungen. Auch baulich hat sich die Gemeinde vorrangig seit den 1970er Jahren um den historisch gewachsenen Ortskern mit seiner dörflichen Struktur herum weiter entwickelt und hat bis in die 1990er Jahre einen Bauboom erlebt. Mit Bebauung vieler zusätzlich ausgewiese-

ner Neubaugebiete entstand die heutige Siedlungsstruktur, die vornehmlich von Ein- und Zweifamilienhäusern geprägt ist (vgl. Gemeinde Gundelsheim 2011: 39, 49).

Der Anteil von älteren Menschen über 65 ist aktuell in der Gemeinde mit einem Anteil von 18,6 Prozent relativ hoch. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren ist rückläufig. Insgesamt stieg das Durchschnittsalter der Gundelsheimer Bevölkerung von 39 Jahren im Jahr 2000 auf 43,8 Jahre im Jahr 2010 an (vgl. Gemeinde Gundelsheim 2011: 11-19).

Abbildung: Eröffnung des Gundelsheimer Generationenparks



Foto: Gemeinde Gundelsheim

2. Problemstellung und Anlass

Aus der Entwicklung der Altersstruktur der Gemeinde lässt sich eine Tendenz zur Überalterung der Bewohnerschaft erkennen, deren weitere Zunahme für die mittelfristige Zukunft zu erwarten ist. So geht die Prognose im Entwicklungskonzept der Gemeinde zwar davon aus, dass die absolute Bevölkerungszahl bis 2021 stabil bleibt, im gleichen Zeitraum der Anteil der unter 18-jährigen aber um ca. 10 Prozent ab- und der Anteil der Personen über 65 Jahren um über 30 Prozent zunimmt. Die Zahl der Bewohner/innen zwischen 18 und 65 Jahren würde nach dieser Prognose bis 2021 einen Rückgang um 8,7 Prozent verzeichnen (vgl. ebd.: 28-30). Auf diese demographische Entwicklung möchte sich die Gemeinde mit verschiedenen Vorhaben vorbereiten.

3. Einbettung in die Gesamtmaßnahme

Die Gemeinde wird seit 2010 im Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt gefördert. Das 2011 vom Gemeinderat verabschiedete gesamtgemeindliche Entwicklungskonzept „Entwicklungskonzept Gundelsheim – Morgen ist eine andere Zukunft“, das von der Bewilligungsbehörde auch im Rahmen der Sozialen Stadt als Handlungsgrundlage anerkannt wurde, legt den Fokus deutlich auf den demographischen Wandel und stellt ein umfassendes Konzept zur Anpassung an die demographischen Veränderungen dar.

Vor diesem Hintergrund hat die Gemeinde bereits im Jahr 2009 – in Vorbereitung auf die Förderung der Gesamtmaßnahme – im Rahmen der Modellvorhaben Soziale Stadt eine Förderung unter dem Titel „Generationsübergreifende Siedlungsentwicklung am Beispiel Gundelsheim“ beantragt (vgl. Gemeinde Gundelsheim 2009). Dieses Modellvorhaben stellt die Grundlage des hier beschriebenen Vorhabens dar. Ein zentraler Bestandteil der auf den demographischen Wandel ausgerichteten Strategie ist der im Handlungsfeld „Verbesserung des öffentlichen Raums und der Mobilität“ zentral in der Gemeinde am Rand des Ortskerns geplante Bürgerpark. Der Park, der seit dem Jahr 2011 nunmehr unter dem Projekttitel „Generationen finden Raum“ umgesetzt wird, ist ein wichtiger Bestandteil verschiedener den demographischen Wandel betreffenden Maßnahmen im Rahmen des Programms Soziale Stadt. Dazu gehören beispielsweise der Neubau eines Seniorenzentrums sowie eine Einrichtung für betreutes Wohnen in unmittelbarer Nähe zum Park, die barrierefreie Neugestaltung der Ortsmitte oder auch die Organisation von generationenübergreifenden Projektgruppen zu Themen der Quartiersentwicklung.

Auf Grund der relativ kleinen Gemarkungsfläche der Gemeinde betont das Entwicklungskonzept Gundelsheim die Notwendigkeit einer qualitativ hochwertigen Freiraumentwicklung. So heißt es dort: „(...) bei der weiteren Entwicklung (sollte) der qualitativen Abstimmung baulicher und freiräumlicher Aspekte große Sorgfalt entgegengebracht werden, um trotz der Beengtheit eine qualitative Entwicklung des Wohnstandortes zu gewährleisten“ (ebd.: 49). Dem Ziel der Freiraumgestaltung und -entwicklung soll mit dem Bürgerpark, der im integrierten Handlungskonzept als Maßnahme verankert ist, nachgekommen werden.

Abbildung: Eröffnung des Gundelsheimer Generationenparks



Foto: Gemeinde Gundelsheim

4. Das Vorhaben und seine Ziele

Zentrales Ziel des Vorhabens „Generationen finden Raum“ ist die Behebung des bestehenden Defizits eines gesellschaftlichen Mittelpunktes in der Gemeinde durch die Konzeption und den Bau eines öffentlichen und multifunktionalen Bürgerparks, der von allen Altersgruppen genutzt wird. Neben der Schaffung eines qualitativ hochwertigen und vielfach nutzbaren Freiraums soll durch die

intensive Beteiligung der Bürgerinnen und Beteiligung an der Entwicklung der Parkkonzeption sowie deren Umsetzung auch ein sozialer Austausch und ein Miteinander in der Gemeinde angeregt und einer Vereinsamung einzelner Bewohnergruppen vorbeugt werden (vgl. STMAS). So werden die mit der gemeinsamen Konzeption einhergehende Kommunikation, das Kennenlernen und die gegenseitigen Aushandlungsprozesse, die Bildung eines Gemeinschaftsgefühl sowie ein Austausch der Generationen über soziale Gruppen hinweg als wichtige Elemente einer Gemeinwesenentwicklung im Rahmen der Projektumsetzung gesehen.

Auf einer Fläche von ca. 4.500 qm soll ein attraktiver Erholungsort entstehen, der sportliche und kulturelle Angebote für alle Altersgruppen und sozialen Schichten bereitstellt. Zudem wird mit dem Park eine städtebauliche Verbindung zwischen dem – im Jahr 2012 neu entstandenen – Seniorenzentrum, dem Schulkomplex und Kindergarten sowie der sich im Bau befindlichen Anlage für betreutes Wohnen hergestellt.

Abbildung: Eröffnung des Gundelsheimer Generationenparks



Foto: Gemeinde Gundelsheim

Die Konzeption für den Bürgerpark geschah seit 2011 unter enger Einbindung der Bewohner, da das Nutzungskonzept erst kooperativ und lernend im Prozess entstehen sollte, um eine breite Akzeptanz und nachhaltige Nutzung seitens der Bewohner/innen zu gewährleisten. Es wurden zu einer Planungswerkstatt alle Zielgruppen durch direkte Ansprache und lokale Presse eingeladen. Bestimmte Areale des Gebietes wurden bestimmten Altersgruppen zugeordnet und diese konnten in Planungsgruppen die zugewiesenen Gebiete spezifisch gestalten. Die gewünschten und im Bau befindlichen Nutzungen umfassen eine Bühne für Veranstaltungen, mehrere Trainings- und Sportgeräte für Senioren, eine Boulebahn und hochwertige Freiflächen. In Planung ist zudem ein gemeinsam von Kindern und Senioren betreuter und gepflegter Kräutergarten.

5. Umsetzungsstand und Ausblick

Die Eröffnung des Parks fand im Sommer 2013 statt. Bereits die breite Beteiligung der Bewohner an der Konzeption des Parks lässt eine große Nutzung erwarten. Die Beteiligten haben sich sehr aktiv

eingbracht und es wurden von generationsübergreifenden Planungsgruppen sowohl Planung als auch Baumaßnahmen – mit Unterstützung des städtischen Bauhofs und der beauftragten Firmen – selbst übernommen. Im Zuge des Prozesses sind feste Kooperationsstrukturen innerhalb der Bürgerschaft und zwischen Jugendlichen und Senior/innen entstanden.

Bereits durch die kooperative Planung und den Bau konnte das angestrebte Ziel eine Förderung des Austauschs zwischen den Generationen erreicht werden. Es sind lebhafte Diskussionen und feste Gruppen entstanden, die – nachdem die Planungen und Bau zu großen Teilen abgeschlossen sind – bereits die ersten Aktivitäten und Veranstaltungen im Bereich des Parks planen.

Abbildung: Eröffnung des Gundelsheimer Generationenparks



Foto: Gemeinde Gundelsheim

6. Erfolgsfaktoren/Ratschläge zur Übertragbarkeit

Positiv hat sich beim Vorhaben Bürgerpark die breite Unterstützung durch Verwaltung und Politik ausgewirkt. Bürgermeister und Gemeinderat standen hinter dem Projekt und haben das partizipativ entstandene Konzept unterstützt. Ein weiterer Erfolgsfaktor, so eine Interviewpartnerin der Gemeinde, scheinen die vergleichsweise kurzen Entscheidungswege in der Gemeinde Gundelsheim zu sein. Diese haben dazu beigetragen, dass die Vorschläge der Bürger für den Park zügig umgesetzt werden. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um die Motivation und das Engagement der beteiligten Bürger/innen aufrecht zu erhalten. Zudem wird das große Engagement der Bürger/innen für den Park von der Ansprechpartnerin als wichtig für die Umsetzung und die zukünftige Nutzung und

Aufenthaltsqualität erachtet. Die Parknutzungen wären ohne den explizit partizipativen ausgerichteten Prozess nicht in vergleichbarer Form entstanden.

Quellen

Gemeinde Gundelsheim (Hrsg.) (2009): Generationsübergreifende Siedlungsentwicklung. Modellvorhaben „Soziale Stadt“. URL: http://www.duersch-stadtentwicklung.de/fileadmin/pdf/Broschueren/Gundelsheim/Endfassung_08.12.09_Bewerbung.pdf (Stand: 5/2013)

Gemeinde Gundelsheim (Hrsg.) (2011): Entwicklungskonzept Gundelsheim. Morgen ist eine andere Zukunft. Gundelsheim.

Informationen zum Modellvorhaben:

STMAS – Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. URL: <http://www.stmas.bayern.de/generationen/projekte/ergebnis.php?id=4513> (Stand: 5/2013)

URL: <http://www.gemeinde-gundelsheim.de/soziale-stadt/generationen-finden-raum.html> (Stand: 5/2013)

München – Ramersdorf / Berg am Laim

Quartiersentwicklung Piusplatz

Themenfeld: Verbesserung kinder-, familien-, altengerechter und weiterer sozialer Infrastrukturen.

Bundesland	Bayern
Stadt	München
Gebiet	Ramersdorf / Berg am Laim
Projektträger	GEWOFAG städtische Wohnungsbaugesellschaft
Ansprechpartner	GEWOFAG Wohnforum GmbH Frau Gisela Heinzeller Rosenheimer Straße 128 d 81669 München Tel. 089 4123 6091 E-Mail: wohnenimviertel@gewofag.de Internet: www.gewofag.de www.wohnforum.de
Projektzeitraum	Planungsbeginn 2006, die Realisierung des letzten Bauabschnitts ist bis 2018 geplant.
Beteiligte	Arbeiter Samariter Bund (ASB) Regionalverband München/Obb. E.V.
Finanzierung	Eigenmittel der GEWOFAG Kommunales Förderprogramm „wohngrün.de“ als Bestandteil des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt (Wohnumfeldmaßnahmen) Bayerisches Wohnungsbauprogramm des Experimentellen Wohnungsbaus
Projektwebsite	Wohnen im Viertel - GEWOFAG Informationen unter: http://www.gewofag.com/kategorie/wohnen/wohnen-im-viertel/

1. Gebietscharakter

Das in den Stadtteilen Ramersdorf und Berg am Laim im Münchner Osten gelegene Gebiet „Innsbrucker Ring/Baumkirchner Straße“ ist seit 2005 als Sanierungsgebiet ausgewiesen und wurde 2007 um weitere Teile ergänzt (Projektgemeinschaft Quartiersmanagement 2009: 5). Es umfasst eine Fläche von gut 200 ha mit rund 24.000 Einwohner/innen (vgl. Projektgemeinschaft Quartiersmanagement 2011: 3). Das Gebiet zeichnet sich durch vorwiegend in den 1930er Jahren – als Blockrand

oder Zeilenbebauung – entstandene Geschosswohnungsbauten sowie Gebäude der 1960er-Jahre aus, die um Bebauung neueren Datums ergänzt wurden. Eine starke räumliche Barriere innerhalb des Gebietes bildet der Innsbrucker Ring, der das Gebiet in nordsüdlicher Richtung schneidet. Der größte Teil des Wohnungsbestandes im Quartier, zu dem mit dem Piusplatz auch eine für das Gebiet wichtige Grünfläche gehört, befindet sich im Besitz der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GEWOFAG.

Der Altersdurchschnitt der Bewohner/innen am Piusplatz ist relativ hoch. So machen Bewohner/innen zwischen 40 und 60 Jahren zwei Drittel der gesamten Bewohnerschaft aus und rund ein Viertel der Bewohner/innen ist über sechzig. Der Anteil an Migranten/innen ist in Relation zum gesamtstädtischen Durchschnitt ebenfalls hoch (vgl. Projektgemeinschaft Quartiersmanagement 2013: 14).

Abbildung: Neugestaltetes Wohnumfeld im der Siedlung um den Piusplatz



Foto: GEWOFAG

2. Problemstellung und Anlass

Sowohl die bauliche Struktur der Wohnanlage rund um den Piusplatz als auch die Wohnungen sind nicht mehr zeitgemäß. Zu vier Fünfteln handelt es sich dabei um relativ kleine Ein- bis Zwei-Zimmer-Wohnungen. Für Familien und ältere Menschen gibt es kaum geeigneten Wohnraum: So mangelt es zum einen an großen familiengerechten Wohnungen, zum anderen sind insbesondere die zahlreichen kleinen Wohnungen nicht barrierefrei und somit nicht langfristig altersgerecht. Neben den Defiziten in der Wohnungsangebotsstruktur weisen auch das Wohnumfeld und der öffentliche Raum erhebliche Mängel auf und sind nicht familienfreundlich bzw. altersspezifisch ausgestattet. Die Folge der mangelnden familiengerechten Ausstattung ist die zunehmende – durch selektive Ab- und Zuwanderungen hervorgerufene – Entwicklung einer einseitigen Mieterstruktur mit einem vergleichsweise hohen Altersdurchschnitt der Bewohnerschaft. Neben den baulichen Missständen ist auch die soziale Infrastruktur für ältere Menschen und Familien nicht ausreichend. Vor diesem Hintergrund hat sich die Wohnungsbaugesellschaft GEWOFAG entschlossen, diesen Mängeln im

Rahmen eines umfassenden und ganzheitlichen Vorgehens mit einer Kombination aus investiven und nichtinvestiven Maßnahmen zu begegnen.

3. Einbettung in die Gesamtmaßnahme

Im Quartier Ramersdorf/Berg am Laim wird seit 2005 das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt umgesetzt. Dabei ist die Wohnungsbaugesellschaft GEWOFAG als großer Einzeleigentümer im Gebiet mit ihren eigenen vielfältigen und umfassenden Aktivitäten zur Aufwertung des Wohnungsbestandes ein zentraler Akteur in der Quartiersentwicklung. Die von der GEWOFAG durchgeführten Maßnahmen sind – unabhängig von ihrer jeweiligen Finanzierung – in das integrierte Handlungskonzept für das Gebiet eingebunden. In den bislang drei Fortschreibungen des integrierten Handlungskonzeptes werden daher auch die eigenständigen und nicht durch Mittel des Programms Soziale Stadt finanzierten Projekte der GEWOFAG „Wohnen im Viertel“ (Eigenmittel der Wohnungsbaugesellschaft) und „WAL – Wohnen in allen Lebensphasen“ (Förderung aus dem Bayerischen Wohnungsbauprogramm des Experimentellen Wohnungsbaus) explizit erwähnt und ihr Beitrag zum Ziel der Schaffung alternativer Wohnformen wird hervorgehoben (vgl. Projektgemeinschaft Quartiersmanagement 2009: 8; 2011: 14; 2013: 14). Damit wird in dem Vorhaben ein entscheidender Beitrag in verschiedenen Feldern geleistet, das Gebiet wird baulich aufgewertet und diese Aufwertung mit weiteren Entwicklungszielen und dem übergeordneten Ziel einer ausgeglichenen Altersstruktur verknüpft.

Abbildung: Neu errichtete, durchgehend barrierefreie Passivhäuser an der Oedkar-spitzstraße südlich des Piusplatzes



Foto: GEWOFAG

4. Das Vorhaben und seine Ziele

Übergeordnetes Ziel des Projektes ist die „Schaffung und Bewahrung einer generationsübergreifenden sozialen Balance im Stadtteil“. Um dies zu erreichen, beabsichtigt die kommunale Wohnungsbaugesellschaft GEWOFAG, mit verschiedenen durchgeführten Maßnahmen Familien zum Zuzug ins Gebiet zu ermutigen und eine stärkere Durchmischung der Bewohnergruppen – insbesondere

hinsichtlich ihres Alters – zu erreichen. Hauptziel des Vorgehens ist es, das Quartier architektonisch aufzuwerten und durch Modernisierungen und Neubau für junge Familien und ältere Bewohner zugleich attraktiver zu machen. Einerseits sollen junge Familien (unter dem Motto „Familien zurück in die Stadt“) zum Zuzug bewegt werden, andererseits sollen bereits im Quartier lebende Bewohner/innen so lange wie möglich auch in höherem Alter im Gebiet wohnen bleiben können. Die Entwicklung einer einseitigen Mieterstruktur soll aufgehalten und langfristig ein stabiles und zukunftsfähiges Quartiersleben entwickelt werden.

Abbildung: *Betreuungssituation im häuslichen Bereich*



Foto: GEWOFAG

Investive und nichtinvestive Maßnahmen werden dabei flankierend eingesetzt. So wird in den Neubau von Wohnraum (teilweise gefördert im Rahmen des Bayerischen Wohnungsbauprogramm des Experimentellen Wohnungsbaus) und die Modernisierung des Wohnungsbestandes investiert, um die erwähnten bestehenden Defizite – wie mangelnde Familiengerechtigkeit oder Barrierefreiheit – zu verringern. Zudem wird das Wohnumfeld (teilweise gefördert durch das kommunale Programm „wohngrün.de“ als Bestandteil des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt, teilweise Einsatz von Eigenmitteln der GEWOFAG) durch neue Aufenthalts- und Spielmöglichkeiten, neue Wegeverbindungen und Sitzgelegenheiten angepasst und aufgewertet. Die öffentlichen Grünzüge werden zeitgleich seitens der Stadt neu hergerichtet (vgl. GdW et al 2010: 24).

Ergänzend werden diese Investitionen seit Beginn mit sozialen Maßnahmen verknüpft. Das lokale Quartiersmanagement im Auftrag der Stadt München und die Wohnungsbaugesellschaft arbeiten in einer engen Kooperation. Die Bewohner/innen wurden bereits früh in das Vorhaben und die Planungen mit einbezogen. Die Partizipation von Bürger/innen und Mieter/innen hat dazu geführt, die investiven Projekte an deren Bedürfnisse anzupassen. Außerdem wurden im Gebiet vielfältige flan-

kierende nichtinvestive Maßnahmen durchgeführt, wie beispielsweise das Projekt „Gesellschaftliche Teilhabe durch Bildung und Qualifizierung“, das aus dem ESF-Bundesprogramm Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) gefördert wird.

5. Umsetzungsstand und Ausblick

Unter der übergeordneten Zielstellung „Schaffung und Bewahrung einer generationsübergreifenden sozialen Balance im Stadtteil“ begann die GEWOFAG ab 2007 mit dem Umbau eines Mehrfamilienhauses sowie der baulichen Nachverdichtung durch den Neubau von vier Passivhäusern und eines weiteren Hauses am Innsbrucker Ring. Im letztgenannten Neubau am Innsbrucker Ring entstanden zehn barrierefreie Projektwohnungen für ältere und behinderte Menschen. Zudem entstanden hier schallisolierte Wohnungen gegen die Lärmbelastung am Innsbrucker Ring. Das Gebäude stellt – als bauliche Abgrenzung – eine Geräusch- und Feinstaubbarriere zwischen der Grün- und Erholungsfläche Piusplatz und der vielbefahrenen Straße dar. Durch Modernisierungen wie Balkone und Wohnungsvergrößerungen wird familiengerechter Wohnraum geschaffen. Diese investiven Maßnahmen werden von nichtinvestiven Maßnahmen zur Stabilisierung der Mieterstruktur begleitet.

Abbildung: Generationenübergreifende Nutzung der Terrasse der Projektwohnungen „Wohnen im Viertel“



Foto: GEWOFAG

Ein Beispiel für diesen Ansatz ist das durchgeführte Projekt „Wohnen im Viertel“, dessen Ziel es ist, älteren Menschen einen längeren Verbleib in ihrer Wohnung und dem Quartier zu ermöglichen. Für das Projekt stellt die GEWOFAG zwei barrierefreie Wohnungen bereit: eine Wohnung steht dem lokalen Nachbarschaftstreff – der im Rahmen der Umbaumaßnahmen als Anlaufpunkt für gemeinsame Aktivitäten im Quartier eingerichtet wurde – zur Verfügung, die zweite Wohnung wurde als Pflegewohnung auf Zeit eingerichtet. Hier können Menschen, die vorübergehend Betreuungs- oder Pflegebedarf haben, bis zu drei Monate wohnen und versorgt werden (vgl. GEWOFAG 2012: 4). Hintergrund ist der ausdrückliche Wunsch der meisten Bewohner/innen, auch bei eingeschränkter Mobilität, Krankheit oder Pflegebedürftigkeit im Viertel bleiben zu können. Eine Kooperation der

GEWOFAG mit einem ambulanten Dienst gewährleistet Versorgungssicherheit mit Pflegeleistungen und anderen Hilfen rund um die Uhr. Der Stützpunkt des Pflegedienstes ist in einem direkt benachbarten Hochhaus angesiedelt, in dem 2011 im Rahmen einer umfassenden Modernisierung vier weitere Projektwohnungen geschaffen wurden. Die Beratungs- und Versorgungsleistungen des Ambulanten Dienstes können alle Mieter/innen in Anspruch nehmen – im Notfall auch kostenlos. Erst bei dauerhaftem Hilfe- und Pflegebedarf müssen die Leistungen bezahlt werden. Daneben informiert der Dienst über weitere Hilfsmöglichkeiten und bietet Vermittlung an andere Fachdienste, Therapeuten oder Selbsthilfegruppen an.

Abbildung: Ehrenamtliches Engagement im Wohncafé des Projekts „Wohnen im Viertel“

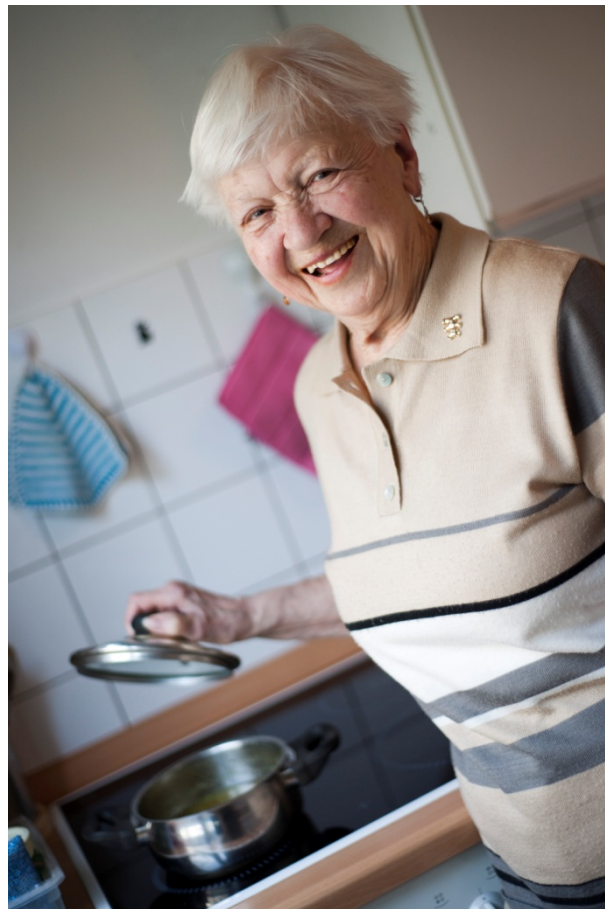


Foto: GEWOFAG

Der eingerichtete Nachbarschaftstreff stellt ebenfalls einen zentralen Bestandteil des quartiersbezogenen Wohn- und Versorgungskonzeptes dar. Als Treffpunkt für die Mieter/innen werden hier Kontakte geknüpft, Veranstaltungen durchgeführt sowie Beratungsleistungen angeboten und in Anspruch genommen. Der Nachbarschaftstreff fungiert als zentraler Vernetzungspunkt für die Mieter/innen, die die Räume selbstorganisiert nutzen können (vgl. GEWOFAG 2012: 6).

Für das Projekt „Wohnen im Viertel“ ist die Wohnungsbaugesellschaft als Träger im Jahr 2010 mit dem „Preis Soziale Stadt“ (vgl. GdW et al 2010: 24) und im Jahr 2012 mit dem Preis „Stadt bauen, Stadt leben“ (vgl. BMVBS 2012: 67) ausgezeichnet worden.

Parallel zu diesen Projekten versucht die GEWOFAG seit 2011 unter dem Motto „Familien zurück in die Stadt“ insbesondere durch architektonisch hochwertige Neubauprojekte in einem attraktiven Wohnumfeld junge Familien zum Zuzug in das Quartier zu bewegen und so eine stärkere Mischung der Mieterschaft zu erreichen (vgl. Projektgemeinschaft Quartiersmanagement 2013: 17).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass im Rahmen der Projekte im Gebiet Ramersdorf/Berg am Laim die lokalen spezifischen Herausforderungen mit einem integrierten und umfassenden Vorgehen adressiert werden. Es wurden bauliche, soziale und ökologische Ziele berücksichtigt und in eine Gesamtstrategie integriert. Hinsichtlich der übergreifenden Zielsetzung der Maßnahmen – der Schaffung und Bewahrung einer generationsübergreifenden sozialen Balance im Stadtteil – zeigen sich erste Erfolge und das Gebiet hat bereits von den Maßnahmen profitiert. So hat sich nicht nur die Aufenthalts- und Freiraumqualität und die soziale Infrastruktur verbessert, sondern auch die Identifikation der Bewohnerschaft mit ihrem Wohnumfeld ist gestiegen. Das ehrenamtliche Engagement der Bewohner/innen hat zugenommen und die vorhandenen Freiflächen werden nun verstärkt für Aktivitäten aller Art genutzt. In Bezug auf die generationsübergreifende Durchmischung können allerdings noch keine Effekte festgestellt werden. Die ersten Bau- und Modernisierungsmaßnahmen wurden zwar fertiggestellt und die Wohnungen bezogen, es lassen sich aber noch keine Aussagen über langfristige Wirkungen tätigen. Die Effekte in der Bewohnerstruktur werden sich erst langfristig zeigen, so eine Interviewpartnerin des lokalen Quartiermanagements.

6. Erfolgsfaktoren/Ratschläge zur Übertragbarkeit

Entscheidender Erfolgsfaktor des Projekts ist – neben den Aktivitäten des lokalen Quartiermanagements – das Engagement der Wohnungsbaugesellschaft als großem Einzeleigentümer und zentralem Akteur. Das zielgerichtete und langfristige Engagement von Wohnungswirtschaft ist in einem solchen Fall leichter zu gewährleisten, da es nur den einen zentralen Eigentümer als Ansprechpartner gibt. Seitens des Quartiersmanagements wird die Überzeugungsarbeit für das integrierte Vorgehen bei allen Beteiligten betont: Auch diese ist einfacher zu leisten, wenn es sich bei der Wohnungswirtschaft im Quartier um einen Einzelakteur handelt.

Daneben ist die (frühzeitige) Einbindung der Bewohnerinnen und Bewohner in die Planung, Gestaltung und Umsetzung von Maßnahmen im Wohnquartier – seien es Wohnumfeld-, Sanierungs- bzw. Modernisierungsmaßnahmen oder die Schaffung von Infrastruktureinrichtungen – von entscheidender Bedeutung. Nur so kann bürgerschaftliches Engagement aktiviert werden und zur Stabilisierung des gesellschaftlichen Zusammenlebens aller Altersgruppen im Gebiet beitragen.

Quellen

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2012): Stadt bauen. Stadt leben. Nationaler Preis für integrierte Stadtentwicklung und Baukultur.

GEWOFAG (2012): „Wohnen im Viertel“ – bei der GEWOFAG zu Hause versorgt ein Leben lang. München. URL: http://www.gewofag.com/wp-content/uploads/2012/12/WiV_Broschuere_2012-4.pdf

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., et al (Hrsg.) (2010): Dokumentation des Wettbewerbes Preis Soziale Stadt 2010, Berlin.

Projektgemeinschaft Quartiersmanagement Ramersdorf/Berg am Laim (Hrsg.) (2013): Integriertes Handlungskonzept 2013 – 3. Fortschreibung/06.2013. Sanierungsgebiet Innsbrucker Ring/Baumkirchner Straße, Ramersdorf/Berg

am Laim. München.

Projektgemeinschaft Quartiersmanagement Ramersdorf/Berg am Laim (Hrsg.) (2011): Integriertes Handlungskonzept 2011 – 2. Fortschreibung/07.2011. Sanierungsgebiet Innsbrucker Ring/Baumkirchner Straße, Ramersdorf/Berg am Laim. München.

Projektgemeinschaft Quartiersmanagement Ramersdorf/Berg am Laim (Hrsg.) (2009): Integriertes Handlungskonzept – 1. Fortschreibung/Stand Juli 2009. Sanierungsgebiet Innsbrucker Ring/Baumkirchner Straße, Ramersdorf/Berg am Laim. München.